

NACHRICHTEN

Nachruf: Der Kölner Schriftsteller Erasmus Schöfer ist mit 91 Jahren gestorben.

3

PROJEKTE

Klimaschädlichen Konsum vermeiden: Warum es keine fossile Werbung mehr geben sollte.

5

BEWEGUNG

Ziviler Ungehorsam vor Gericht: Aktivist*innen verteidigen Hausfriedensbruch.

7

BIOTONNE

Jeden Tag Klimaaktivismus - geht das überhaupt? Ein Erfahrungsbericht.

13



▲ Einweihung der Freiflächen-PV-Anlage in Kirchartd in Baden-Württemberg, ein Kooperationsprojekt von drei Energiegenossenschaften

Foto: EnerGeno Heilbronn-Franken eG

Sozialinnovative Bürgersolarparks

Photovoltaik-Freiflächenanlagen sind eine der letzten »Bastionen« der dezentralen Energiewende, bei denen Bürgergemeinschaften noch Chancen haben, auf breiter Ebene aktiv »mitzumischen«.

BURGHARD FLIEGER,
REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Zeitweise waren Energiegenossenschaften die Treiber der Energiewende. Dies ist schon seit längerem vorbei. Im Gegenteil, sie verlieren mit der Dynamik der Entwicklung der Erneuerbaren Energien zunehmend an Bedeutung. Gründe liegen auch im Selbstverständnis vieler Kooperativen, die sich als bürgerschaftlich engagierte Organisationen für anderes Wirtschaften verstehen. Entscheidend sind allerdings die jahrelang ausgeworfenen »Bremsklötze« seitens der Politik. Auch begreifen Kund*innen und Auftraggeber*innen

Bürgerbeteiligung nicht als Eigenwert. Ein vermeintliches »Schnäppchen« ist ihnen oftmals wichtiger.

Energiegenossenschaften weisen allerdings Stärken auf, bei denen andere Akteure im Bereich der Erneuerbaren Energien nicht wirklich mithalten können. Ihr Förderauftrag, Bedarfe ihrer Mitglieder nicht nur Sinne der Gewinnoptimierung zu decken, verbunden mit vielfältigen Beteiligungsmöglichkeiten sind ihr eigentliches USP – Unique Selling Proposition. Das steht in der typischen Marketingsprache für »Alleinstellungsmerkmal«. Ihr Alleinstellungsmerkmal sollten Bürgerenergiegenossenschaften (BEGs) mehr

noch als bisher bewusst pflegen und kommunizieren: »Wir stehen bei neuen Energieprojekten innovativ und experimentierfreudig für die Berücksichtigung der Bedarfe von Bürgern in ihrem unmittelbaren Umfeld.«

Unternehmenszweck Bedarfsdeckung

Vor diesem Hintergrund geht es in diesem Schwerpunkt um sozialinnovative Solarparks, genauer um PV-Freiflächenanlagen von Energiegenossenschaften, die sich durch Einmaligkeit bzw. Besonderheiten auszeichnen: Kooperation

mit anderen Energiegenossenschaften, Handeln im Verbund mit den Bürgerwerken eG, Schallschutzwände mit PV verbinden, Artenvielfalt auf Freiflächenanlagen wiederbeleben. Nur wenn Energiegenossenschaften neben den Beteiligungsmöglichkeiten ihren Fokus auf solche Formen des verantwortungsvollen Wirtschaftens richten, wird es ihnen gelingen, als wichtige »Spezies« der Akteursvielfalt der Energiewende ihre Daseinsberechtigung gegenüber Politik und der Allgemeinheit zu veranschaulichen.

Das sind notwendige Voraussetzungen. Dies entbindet Energiegenossenschaften aber nicht davon, sich selbst

auch fachlich weiterzuentwickeln. Dazu gehört die systematische Suche von Partnern bei den Projektentwicklungsorganisationen, wie sie Thorsten Schwarz zu Beginn des Schwerpunkts beschreibt. Ebenso wichtig bleibt es, sich mit den aktuellen Entwicklungen der Gesetzgebung auseinanderzusetzen, erläutert vom Bündnis Bürgerenergie. Nur so können BEGs bedarfsgerechte Solarparks, die den sozialen und ökologischen Belangen der Bürger*innen gerecht werden, professionell umsetzen – bleibt zu hoffen, dass ihnen dies gelingt.

Schwerpunkt auf den Seiten 9 bis 12

RHEINISCHES BRAUNKOHLEREVIER

X-tausend für Lützerath

In einer öffentlichen Absichtserklärung haben über 8.000 Menschen (Stand: 27. Juni) Menschen angekündigt, sich der Zerstörung Lützeraths in den Weg zu stellen, falls die Landesregierung von NRW das Dorf räumen lassen will. Der kreative Widerstand geht weiter - nicht nur vor Ort.

REGINE BEYSS, REDAKTION KASSEL

Die ersten Unterzeichnenden der Absichtserklärung »x-tausend für Lützerath« sind Anwohnende, Aktive von Fridays For Future, ehemalige Mitglieder des Bundestages sowie die Geschäftsführer von Umweltverbänden. Lützerath liegt an der Kante des Braunkohle-Tagebaus Garzwei-

ler II und ist akut von der Abbaggerung durch den Kohlekonzern RWE bedroht. Die Erklärung verweist darauf, dass eine Verbrennung der Kohleschicht unter Lützerath mit der Einhaltung der 1,5 Grad-Grenze und Klimagerechtigkeit unvereinbar sei. Mit der Absichtserklärung stellen sich die Unterzeichner*innen an die Seite von Gemeinschaften im globalen Süden, für die schon die jetzige Klimaerhitzung »die Hölle« sei. Die Absichtserklärung kann online weiterhin unterzeichnet werden.

Alexandra Brüne von der Initiative »Alle Dörfer Bleiben« sagt: »Jahrzehnte lang haben unsere Mahnwachen, Demos und kulturellen Veranstaltungen

nicht dazu geführt, dass Politiker*innen Klimaschutz endlich ernst nehmen und die Kohle im Boden lassen. Hilflos musste ich mitansehen, wie die Dörfer in meiner Nachbarschaft zerstört wurden. Jetzt möchte ich mit vielen Menschen Lützerath vor dieser Zerstörung bewahren und meinen Beitrag dazu leisten, die 1,5 Grad-Grenze einzuhalten.«

Zwei Jahre Mahnwache

Die Mahnwache Lützerath feiert indes ihren zweiten Geburtstag. Aus diesem nicht zu erwartendem Anlass und im Angesicht dessen, dass die Klimakatastrophe keine Sommerpause macht,

laden die Organisator*innen vom 22. bis 24. Juli zu einem vielfältigen und bunten Festivalprogramm ein. »Wir freuen uns über jedes kreative Engagement«, so Sabine Schur vom Mahnwachen-Team Lützerath.

Aktivist*innen der Initiative »Lützerath Lebt« kündigten an, den Ort wieder aufbauen zu wollen. Auf der Brache, wo RWE im letzten Jahr Häuser abgerissen hat, soll ein neues Wohnhaus aus Strohballen, Holz und Lehm entstehen. »Lützerath abzureissen ist dieses Jahr noch sinnloser als letztes Jahr«, so Jule Flinn, Aktivist*in aus Lützerath. »Lützerath Lebt« möchte mit dem Projekt auch der Bau- und Wärmewende eine Plattform bieten

und die aktuelle Debatte um Energieversorgung konstruktiv unterstützen.

Auch auf der Kunstaussstellung documenta fifteen in Kassel wird Lützerath ein Thema sein: »Lützerath Lebt« organisiert gemeinsam mit »Fridays for Future« die zweiwöchige Ausstellung »Another World Is Possible« im Glaspavillon des k.format Kollektivs. Im Juli veranstalten die Aktivist*innen außerdem vier Vorträge im »ruruhaus«, dem zentralen Begegnungsort der documenta.

Links:
www.x-tausend.de
www.mahnwache-luetzerath.org
luetzerathlebt.info

ÜBER UNS

INHALTSVERZEICHNIS

NACHRICHTEN DER FALL ASSANGE NACHRUF ERASMUS SCHÖFER	SEITE 3	SCHWERPUNKT SOZIALINNOVATIVE BEDARFE ERSCHLIESSEN PASSENDE PARTNER ERFORDERLICH	SEITE 9
PROJEKTE KOLLEKTIVVERNETZUNGSTREFFEN AG BERATUNG	SEITE 4	SEITE 10 ERTRAGSVERBESSERUNG DURCH ZUSAMMEN- ARBEIT KOOPERATION BEI SOLARPARK	
PROJEKTE FOSSILE WERBUNG	SEITE 5	SEITE 11 LÄRMSCHUTZWÄNDE MIT SOLARELEMENTEN ANLEITUNGEN UND LEIFÄDEN	
PROJEKTE HIMMELBEET, BERLIN	SEITE 6	SEITE 12 DAS BEWEGTE LEBEN DES SOLARPARKS LÜPTITZ EEG UND BÜRGERENERGIE	
BEWEGUNG ZIVILER UNGEHORSAM VOR GERICHT »MAHNWACHE HINTER GITTERN«	SEITE 7	SEITE 13 BIOTONNE JEDEN TAG KLIMA-AKTIVISMUS	
ÜBER DEN TELLERRAND NEUIGKEITEN VON TWIN OAKS RECHTSTICKER	SEITE 8	SEITE 14 KUNST & KULTUR ERINNERUNGEN AN HEINRICH VOGELER BRIEFMARKEN MIT WIDERSTÄNDIGER GESCHICHTE	
		SEITE 15 REZENSIONEN CAPITALISM UNBOUND DAS ANDERE 1968 DER FORTSCHRITT UND DAS GLÜCK MILIBITTET ZUM TANZ KRITISCHES KARTIEREN	
		SEITE 16 TERMINE, KLEINANZEIGEN KLEINANZEIGEN, IMPRESSUM	

contraste ist offen für Beiträge von Euch. Redaktionsschluss ist immer fünf Wochen vor dem Erscheinungsmonat. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Das Redaktionsselbstverständnis ist nachzulesen unter:

<https://www.contraste.org/redaktion/ueber-uns>

contraste abonnieren!

Standard-Abo (Print oder PDF) zu **45 Euro** jährlich
(51 Euro bei Lieferung ins europäische Ausland)

Kombi-Abo (Print+PDF) zu **60 Euro** jährlich

Kollektiv-Abo (fünf Exemplare) zu **100 Euro** jährlich

Fördermitgliedschaft mind. **70 Euro** jährlich, für juristische Personen (Betriebe, Vereine, usw.) mind. **160 Euro** jährlich

Eine **Fördermitgliedschaft** bedeutet, **contraste** finanziell zu unterstützen. Daraus resultieren keine weiteren Verpflichtungen.

Der **Förderbetrag** kann steuerlich geltend gemacht werden.

Bestellen unter: abos@contraste.org

Schnupperabo

Für nur **9 Euro** bekommt ihr drei Ausgaben als Print oder PDF zugeschickt. (Bezahlung im Voraus, endet automatisch ohne Kündigung)

AKTION 2022+

Kennen Sie PicRights?

Liebe Leser*innen,

hurra, gerade haben wir unser Spendenziel von 8.000 Euro geschafft. Das Aufatmen hinsichtlich unserer diesjährigen Finanzlage währte allerdings nur kurz. Wir bekamen Post, dass wir happige 4.000 Euro zu zahlen hätten, weil wir neun lizenzierte Bilder von Reuters und Associated Press rechtswidrig online verwendet hätten. Dabei lernten wir erst einmal, dass PicRights ein GEMA-Pendant für Fotos ist. Und tatsächlich hatten wir im Januar 2019 die CONTRASTE-Alt-Homepage als Archiv-Service wieder online gestellt. Gepflegt wurde diese von unserem Allrounder Dieter Poschen bis zu seinem Tod im März 2013. Neun Fotos ohne Lizenz fand

PicRights, jedenfalls war keine Nutzungslizenz in den Rest-Unterlagen von unserem Dieter zu finden. Über viele Jahre gab es nie Probleme mit dem CONTRASTE-Webauftritt und davon ausgehend, hatten wir versäumt, die verwendeten Bilder noch einmal selbst zu checken.

Ein Fall für den Rechtsanwalt. Ergebnis: 100 Euro je Foto sind nach der derzeitigen Rechtsprechung für einen gemeinnützigen Verein als Schadenszahlung angemessen, mehr nicht. Dies haben wir bezahlt. Nun hoffen wir mit 1.400 Euro inklusive Anwaltskosten genug Lehrgeld bezahlt zu haben.

Wie gut in dieser Misere, dass weitere 586 Euro an Unterstützung eingegangen sind und wir unser Spendenziel von 8.000 Euro gleich um 437 Euro überschritten haben. Herzlichen Dank. Aber wie

BLICK VOM MAULWURFSHÜGEL



Illustration: Eva Sempere

SORGEN FÜR DIE ZUKUNFT

VON BRIGITTE KRATZWALD

»Care for Future« ist der Name einer neuen Stiftung, die Aktivitäten fördert, die die Themen Care und Klima zusammen denken und versuchen, »klimapolitische Aktivitäten mit dem Ziel einer sorgenden, achtsamen Lebensweise« zu verbinden.

Versuche, die verschiedenen zivilgesellschaftlichen Bewegungen zusammen zu führen, gab es in den letzten Jahren immer wieder und an verschiedenen Orten. Dadurch könnten Ressourcen gemeinsam genutzt, Synergien hergestellt und gegenseitige Unterstützung organisiert werden, so die Hoffnung. Obwohl weitgehend Konsens besteht, dass die verschiedenen Krisen – Klima, Gesundheit, Artenvielfalt, soziale Ungleichheit, Flucht und Migration usw. – eine gemeinsame Ursache haben, nämlich das kapitalistische und patriarchale Wirtschaftssystem und das dazu gehörende Weltbild, sind diese Versuche bisher nur mäßig erfolgreich.

Immer wieder gab und gibt es inspirierende Treffen oder Konferenzen, die mit dem festen Vorsatz enden, doch in Zukunft mehr zusammenzuarbeiten. Und immer wieder verlaufen die Prozesse im Sand, auch und gerade wegen mangelnder Ressourcen.

Ein Grund ist aber auch die Tatsache, dass alle diese Krisen zwar eine gemeinsame Ursache haben, die Auswirkungen aber vielfältig sind und immer gravierender werden. Es muss jetzt etwas gegen den Pflegenotstand geschehen, die Menschen an den europäischen Grenzen brauchen jetzt aktuell und dringend menschenwürdi-

ge Behandlung, die weitere Rodung des Waldes muss jetzt verhindert werden, auch wenn wir alle wissen, dass es ohne Systemwandel keine langfristigen Lösungen geben kann. Dieser Systemwandel dauert aber zu lange für die drängenden aktuellen Probleme und so kommt es, dass sich trotzdem immer wieder alle auf ihr jeweiliges Thema stürzen, weil ihnen die Dringlichkeit keine Ruhe lässt und sie dort alle Energie, oft genug bis zum Burnout, verbrauchen.

Die früher häufig geäußerte Meinung, es wäre ohnehin geraten, sich nicht für eine Verbesserung der aktuellen Situation einzusetzen, denn je schlechter es den Menschen gehe, desto eher würden sie Widerstand leisten und damit die Veränderung beschleunigen, ist in erster Linie zynisch und in zweiter Linie auch falsch. Wer jeden Tag ums Überleben kämpft, hat keine Zeit für politisches Engagement. Für mich ist die große Frage: Wie können wir Ressourcen frei machen für den gemeinsamen Einsatz für einen Systemwandel, ohne die Arbeit zur aktuell notwendigen Schadensbegrenzung zu vernachlässigen?

Gerade die Themen Care und Ökologie zusammen zu denken folgt jedoch einer langen öko-feministischen Tradition. Die Abwertung und Ausbeutung von Frauen und Natur wurzelt in den gleichen patriarchalen Denkweisen und Strukturen. Möglicherweise könnte gerade diese Kombination zum Erfolg führen. Zu wünschen wäre es jedenfalls und Zusammenhänge gäbe es genug für gemeinsame Forderungen und Aktivitäten.

Mitmacher*innen gesucht!

Wir von der CONTRASTE sind immer auf der Suche nach Menschen, die sich vorstellen können, regelmäßig Artikel zu schreiben, zu redigieren oder einzelne Seiten und/oder Schwerpunkte zu planen.

Wir freuen uns aber auch über Redakteur*innen zu bestimmten Themen, etwa Klimawandel oder Degrowth, was nicht bedeuten muss, selbst zu schreiben, sondern im Blick zu haben, was aktuelle, berichtenswerte Themen oder Ereignisse sind und wer für Beiträge darüber angefragt werden könnte.

Arbeit für die CONTRASTE ist ehrenamtlich, bietet aber die Möglichkeit, Informationen über interessante Projekte zu verbreiten, kritische Diskussionen anzuregen und journalistische Erfahrung zu sammeln. Wir treffen uns zwei Mal pro Jahr zu gemeinsamen Plena und kommunizieren ansonsten per Mail und Telefon.

Bei Interesse meldet euch unter koordination@contraste.org

Wir danken den Spender*innen

D.A.	28,00
H.H.	100,00
Bernd Hüttner	50,00
L.C.	8,00
G.G.	300,00
E.H.	100,00

IN DIESER AUSGABE WURDEN DIE FARBSEITEN 5, 10 BIS 12 UND 14 EXTERN FINANZIERT.

Spendenticker »Aktion 2022«

105,46 % finanziert 8.437,00 Euro Spenden 0 Euro fehlen noch

Das Zeitungsprojekt CONTRASTE benötigt noch **0 Euro**.

Spenden für CONTRASTE

CONTRASTE E.V.

IBAN DE0250890000051512405

BIC GENODEF1VBD

DER FALL ASSANGE

Eine gefährliche und bedeutsame Entscheidung

Der Name Julian Assange ist wieder einige Schlagzeilen wert, weil Großbritannien nun auch durch seine Innenministerin der Auslieferung des Journalisten an die USA grünes Licht gibt.

THESPINA LAZARIDU, FREE ASSANGE KÖLN

Die Kölner Mahnwache für die Freilassung von Julian Assange war bereits vor dieser britischen Entscheidung unterwegs, um in der Öffentlichkeit mehr Aufmerksamkeit auf den Fall des Journalisten zu lenken und PolitikerInnen zu politischer Einflussnahme auf ihre britischen und amerikanischen Kollegen anzuregen. Eine unserer Stationen war Aachen. Dort wurde am 26. Mai der Karlspreis an drei Menschenrechtsaktivistinnen aus Weißrussland verliehen für – so die Begründung – »ermutigenden Einsatz gegen die brutale staatliche Willkür, Folter, Unterdrückung und die Verletzung elementarer Menschenrechte«.

Diese Begründung sowie die Grußworte der Aachener Oberbürgermeisterin ermunterten uns, die anwesenden PolitikerInnen, allen voran Außenministerin Baerbock, an den misshandelten und immer noch eingesperrten Journalisten Assange zu erinnern. Als Oppositionspolitikerin sagte Frau Baerbock am 14. September 2021 noch folgendes: »Aufgrund schwerwiegender Verstöße gegen grundlegende Freiheitsrechte der Europäischen Menschenrechtskonvention im Umgang mit Julian Assange – allen voran gegen das Verbot von Folter (Art. 3), gegen das Recht auf Freiheit und Sicherheit (Art. 5), gegen das Recht auf ein faires Verfahren (Art. 6) und gegen das Recht, keine Strafe ohne Gesetz zu erhalten (Art. 7) – schließen wir uns der Resolution der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom 27. Januar sowie dem Appell des UN-Sonderbeauftragten Nils Melzer an und fordern die sofortige Freilassung von Julian Assange.«

Ihre neue Sicht auf das Thema Julian Assange nach ihrem Amtsantritt liest sich dann am 9. Februar 2022 aber so: »Die Bundesregierung hat keinen Anlass, an der Rechts-



▲ Sondermahnwache für Assange in Köln nach der britischen Entscheidung zur Auslieferung

Foto: Herbert Sauerwein

staatlichkeit des Verfahrens und des Vorgehens der britischen Justiz zu zweifeln.«

Entgegen der beeindruckenden Worte der Oberbürgermeisterin wurde unsere Initiative in Aachen keineswegs gutgeheißen. Durch vehementen Polizeieinsatz wurden wir gehindert, auf das Thema aufmerksam zu machen: Buttons oder T-Shirts, auf denen »Assange« stand, mussten wir entfernen. Das war die explizite Order der VeranstalterInnen.

Großbritannien hat nicht erst jetzt gegen Assange entschieden. Auch diese Phase ist ein makabrer Teil eines perfiden Konzeptes, eines endlosen, zermürbenden Schauprozesses, während Julian Assange weiterhin systematisch gequält wird; immer öffentlich genug, um als Warnung für ähnlich Gesinnte herzuhalten.

Assanges Frau Stella schreibt, Julian wäre nach Bekanntgabe der

britischen Entscheidung in eine leere Zelle verlegt worden, habe sich einer Leibesvisitation unterziehen müssen und habe keinen Besuch über das Wochenende erhalten dürfen. Auch diese schwerwiegende Nachricht musste er isoliert und hilflos entgegennehmen. Die Entscheidung Großbritanniens ist gefährlich und bedeutsam für die gerade jetzt so hochgepriesenen Werteschlager westlicher Politik, bestimmt für den Export an autokratische und autoritäre Regime: Menschenrechte, Frieden und Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit – schlicht: Demokratie. Diese Entscheidung ist ein zynischer Offenbarungseid für diese Wertansprüche. Wie viel bleibt davon übrig, wenn die jahrzehntelange britische Zurschaustellung von Folter an einem Menschen nicht zu Massenprotesten führt? Was bleibt übrig, wenn immer mehr Jour-

nalisten sich vor ähnlichen Repressalien – zurecht – fürchten?

Beim Treffen der Kultur- und Medienminister der G7-Staaten in Bonn am 19. Juni ging es um die gemeinsamen Anstrengungen für den »Erhalt der Presse- und Informationsfreiheit und gegen Desinformation«. Die gegebene Thematik wäre wie geschaffen, um den Fall Assange aufzugreifen.

Aber die Politik ist bar jeder Aufrichtigkeit – so bekundet Frau Roth auf Nachfrage zur drohenden Auslieferung des Wikileaks-Gründers ihre Erwartung, »dass Assange ein sehr (sic!) faires Verfahren in den USA erhält«.

Gängige Praxis und somit keiner Aufregung wert? Fordern wir die Freiheit für Assange – damit fordern wir nichts anderes als unsere eigenen fundamentalen Rechte.

Alle Informationen und Termine:

<https://freeassange.eu/#aktionsuebersicht>

MELDUNGEN

GWR wird fünfzig!

Die Graswurzelrevolution feiert dieses Jahr ihren 50. Geburtstag. Sie ist damit die »dienstälteste« Anarchopublikation im deutschsprachigen Raum und eine der wenigen Überbleibsel anarchistischen Gedankentums im Blätterwald. Dennoch sie ist nicht vom alten Eisen. Während viele anarchistische Zeitschriften ihre Printausgaben eingestellt haben – vom Schwarzen Faden, über Direkte Aktion bis zu Gai Dao –, erscheint sie weiterhin gedruckt und ist auch im Bahnhofsbuchhandel erhältlich.

Ursprünglich von der Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FÖGA) begründet, wird das Blatt mittlerweile von einem Redaktionskollektiv herausgegeben. Die Verhaftung im gewaltfreien Anarchismus ist aber geblieben – und gerade in den Zeiten des Ukrainekrieges präsentiert die Zeitung Rückgrat, indem sie konsequent ihren antimilitaristischen und pazifistischen Grundhaltungen treu bleibt.

Neben diesen Aspekten ist die Zeitschrift aber auch seit Jahrzehnten ein wichtiges Medium für die Belange der Ökologie- und vor allem der Anti-AKW-Bewegung. Auch feministische Positionen und kulturelle Themen sind stets vertreten. Ein Beispiel hierfür sind die libertären Buchseiten.

Neben der Monatszeitschrift betreibt die GWR auch den gleichnamigen Verlag, in dem immer wieder sehr lesenswerte Titel – zum Beispiel zu Mahatma Gandhi, Anarchafeminismus, Gewaltfreiheit oder Veganismus – erscheinen. Herzlichen Glückwunsch – und auf weitere mindestens 50 Jahre!

Mehr Infos: <https://graswurzel.net>

Deutsche Beteiligung am »Tren Maya«

Die internationale »Recherche AG« veröffentlichte am 20. Juni die aktualisierte Neuauflage des Reports »Tren Maya Made in Germany«. Es wird die Beteiligung europäischer und deutscher Unternehmen – insbesondere der Deutschen Bahn – am Megaprojekt »Tren Maya« im Südosten Mexikos offenbart, in dessen Zuge massive Umweltzerstörungen und zahlreiche Menschenrechtsverletzungen, vor allem an indigenen Völkern, dokumentiert sind. Anlass der Veröffentlichung und der umfassenden Überarbeitung ist das Inkrafttreten des ILO-169-Abkommens zum Schutz der Rechte Indigener Völker in Deutschland am 23. Juni 2022.

Link: <https://deinebahn.com>

NACHRUUF AUF ERASMUS SCHÖFER

» Den Stein auf den Berg bringen «

Am 7. Juni starb der Kölner Schriftsteller Erasmus Schöfer 91-jährig nach zehrender Krankheit. Wie seine Protagonist*innen in seinem großen Zeitroman »Die Kinder des Sisyfos« ließ er sich nie entmutigen. Noch Monate zuvor war er bei Demonstrationen dabei, ein Kämpfer für den Frieden und gegen alle Unbill des Kapitalismus, im Herzen ein schreibender Revolutionär.

HEINZ WEINHAUSEN, REDAKTION KÖLN

Gerade selbst bei der Sozialistischen Selbsthilfe in Köln-Mülheim (SSM) angekommen, lernte ich Erasmus und seine Arbeitsweise vor gut 20 Jahren kennen. Er schrieb einen Beitrag für das von Günter Grass herausgegebene Buch »In einem reichen Land – Zeugnisse alltäglichen Leidens an der Gesellschaft«. Mit seinem Porträt unserer Selbsthilfe brachte er dann aber gerade nicht das Leiden in das Buchprojekt ein, er zeigte vielmehr, dass ausgegrenzte Menschen heute schon selbstbestimmt und würdevoll leben können. Eine ganz andere Gesellschaft zeigte sich als möglich. Mittels seiner Gespräche und Interviews drang er in

den Kern dessen ein, was unser Kollektiv ausmachte und brachte dann in seinem Essay neben der Beschreibung unseres Projektes in dichterischer Freiheit ebenso ein, was Menschen persönlich erlebten und fühlten.

Würdigung der Aktiven

In diesem Sinne schuf er in den nächsten Jahren sein großes Werk »Die Kinder des Sisyfos«, in dem er die Zeit der 68er-Revolution bis zum Niedergang der DDR im Jahre 1989 schilderte. Für mich eine große Würdigung der damals Aktiven und zugleich ein großer Erfahrungsschatz, weil er die Lesenden hautnah eintauchen lässt in die konkreten Kämpfe und Auseinandersetzungen der 70er und 80er Jahre. Als Kämpfer war er selbst dabei oder begleitete die Aufbegehrenden. In vielen Beschreibungen, in Gedicht, in Dialogen lässt Erasmus Schöfer uns so die 1968-Demonstrationen, die Verhinderung des AKW Wyhl, die Aktivitäten des »Werkkreis Literatur der Arbeitswelt«, das Ringen um Frauenrechte, viele hart geführte gewerkschaftliche und gesellschaft-

liche Kämpfe neu erleben. Die Protagonisten sind dabei keine Helden, sind widersprüchliche Persönlichkeiten, die viele Niederlagen einstecken müssen und trotzdem immer wieder wissen aufzustehen. »Mir geht es bei dem Sisyfos-Mythos nicht um die Vergeblichkeit, sondern um die Beständigkeit in dem Versuch, den Stein auf den Berg zu bringen und sich nicht entmutigen zu lassen«, so sah und lebte er es.

Selbst nach dem epochalen Zusammenbruch der DDR mitsamt der DKP, in der Erasmus Schöfer lange Mitglied war, wusste er wieder nach vorne zu schauen. Im Roman ließ er Viktor Bliss den Zukunftsforscher Robert Jungk fragen, wie Fehler und Niederlagen produktiv genutzt werden können. Eine seiner eigenen Antworten war, sich den selbstorganisierten Initiativen, Kommunen und Bewegungen zuzuwenden. So porträtierte er die Kommune Niederkauungen, so unterstützte er unsere CONTRASTE-Zeitung – literarisch und finanziell.

Nun liegt es an uns allen, seinen Stafelstab des Revolutionären weiter-

zutragen. Ich fühle mich mit ihm einig: Die Power von 68 wird es nur noch jenseits von gnadenlosem Markt und Kapitalisten-Staat geben. Der Stein ist nur zurückgerollt, damit ein neuer Frühling kommen kann.

In der CONTRASTE erschien 2011 eine Artikelserie mit Auszügen aus »Die Kinder des Sisyfos«: ina-koeln.org



▲ Erasmus Schöfer, 2008

Foto: Privat

ANZEIGE

Der Kaffee für den täglichen Aufstand!

Zapatistischer Kaffee & Espresso
Soldatischer Handel mit autständigen indigenen Gemeinden in Chiapas - Mexiko

Café Libertad Kollektiv eG
Stresemannstr. 268 · 22769 Hamburg
Telefon: 040-20906892 · Fax: -93
www.cafe-libertad.de · cafe-libertad@gmx.de

KOLLEKTIVVERNETZUNGSTREFFEN, LÜBECK

Von Kneipe bis Fahrradkurier: Kollektive vernetzt euch!

Ob Kneipe, Druckerei, Verlag, Poliklinik, IT-Support oder Kaffeerösterei – zum zweiten bundesweiten Kollektiven Vernetzungstreffen vom 22. bis 24. April 2022 in Lübeck waren knapp 55 Menschen aus über 30 Kollektiven vertreten. Diese Bandbreite an Kollektivbetrieben vereint vor allem eins: der Kollektivgedanke.

NADINE GERNER, CAFÉ CRALLE, BERLIN

Er ist ein Gegenentwurf zu individualisierten, vereinzelt, ausbeuterischen und hierarchischen betrieblichen Strukturen im kapitalistischen System und der bewusste Zusammenschluss von Menschen, um sich rund um Arbeit und Leben zu organisieren. In anarchosyndikalistischer Tradition geht es zudem um das Aufbauen anti-kapitalistischer Alternativen im »Hier und Jetzt«. Zwar variieren kollektive Vorstellungen von gesellschaftlicher Transformation, doch diese emanzipatorischen Inseln befähigen die Arbeiter*innen, selbst über ihre Produktion zu bestimmen sowie diese gemeinschaftlich zu organisieren und zu verhandeln. Instrumente hierfür sind oftmals basisdemokratische Organisations- und Entscheidungsformen wie regelmäßige Plena und Konsensprinzip.

Was ist ein Kollektiv und wenn ja, wie viele?

Nirgends steht dies festgeschrieben und die kollektive Form ist schon gar nicht rechtlich formuliert. Als Genossenschaften, GbR, GmbH oder Vereine versuchen kollektive Betriebe sich der rechtlichen Lage anzupassen und in den Schranken des Rechts den Kollektivgedanken zu praktizieren. Einige Kollektive pflegen zudem Kollektivvereinbarungen, Binnenverträge, Manifeste, kollektive Selbstverständnisse oder lose Absprachen zur Abgrenzung von »klassischen«, an Gewinn orientierten, hierarchisch organisierten Unternehmen, in denen Verantwortung(en) und Macht in den Händen einiger Weniger verbleibt. Außerdem gilt es den Weg in ein tauschlogikfreies Wirtschaften zu ebnet, welches an Bedürfnissen orientiert gesellschaftlich nützliche Produkte produziert. Dieses Leitmotiv treibt viele Kollektive schon lange an.

▲ Zusammen wollen Kollektivbetriebe etwas anderes erschaffen.

Auf dem Vernetzungstreffen war die Frage nach »dem richtigen Kollektiv« im Herzen einer Fishbowl-Diskussion, denn es scheint einen Trend zum Kollektiv und der Aneignung des Kollektivbegriffs zu Verwertungswe-

cken zu geben, da sich das Konzept besonders gut vermarkten lässt. Die Angst, dass »Kollektivwashing« die zentralen Pfeiler und die Geschichte des Kollektivgedanken verwäscht, wurde von vielen Kollektiven geteilt. Für viele anwesende Betriebe ist eine emanzipatorische Gesellschaft und ein gutes Leben für alle ohne kollektive Strukturen nicht denkbar. Kollektive als real existierende funktionierende alternative Wirtschaftsformen stellen Hierarchien und herrschende Eigentums- und Produktionsverhältnisse in der alltäglichen politischen Praxis infrage. Diese kollektive Praxis bewegt sich allerdings immer wieder im Spannungsfeld mit hegemonialen, neoliberalen Arbeitsformen, prekären Beschäftigungs- und Anstellungsverhältnissen, existentiellen Bedrohungen am Wohnungsmarkt und Un-

terförderung, gar Verdrängung linker Projekte.

Kollektiv Leben und Arbeiten im Kapitalismus

Hierbei ist das Balancieren vieler Kollektive zwischen den eigenen politischen Idealen und der kapitalistischen Realität oftmals ein Drahtseilakt. Wie können wir Lohngerechtigkeit erreichen und garantieren, wenn wir eventuelle rote Zahlen schreiben? Können Kollektivmitglieder von ihrem Kollektivlohn leben oder braucht es einen »normalen« Job außerhalb des Kollektivs, um zu (über-)leben?

Nicht zuletzt muss die Frage der sozialen Absicherung auch mit Blick auf das Älterwerden gestellt werden. Oftmals herrschen in Kollektiven prekäre Anstellungsverhältnisse, die Frage

nach der Rente und der sozialen Absicherung im Alter, im Fall von Arbeitsausfällen, bei Sorgeverantwortlichkeit oder Krankheit ist daher essentiell. Ein Nachdenken über alternative Absicherungen oder eine Kollektivrente muss weiter forciert werden und kann gerade im Austausch mit anderen, vor allem erfahrenen Kollektiven fruchtbar sein.

Fragend schreiten wir voran zum nächsten Treffen!

Ziel des Kollektivvernetzungstreffens ist es, größere Strukturen aufzubauen und den Zusammenhalt von Kollektivbetrieben zu stärken, denn in einem System, in dem linke Betriebe und Projekte kontinuierlich unterfordert, gar verdrängt werden, haben es gerade Kollektivbetriebe nicht leicht. So erklärte ein Kollektivbetrieb: »Wenn alle Kollektivbetriebe bei uns einkaufen würden, hätten wir keine Geldprobleme.« Für einander sichtbar zu werden und sich kennenzulernen, kann auch lokale oder überregionale wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Kollektiven ermöglichen. Eine Frucht des Vernetzungstreffens waren erste Bestrebungen, sich auf lokaler Ebene weiter zu vernetzen. Weiter besteht bundesweit Lust auf Vernetzung zu konkreten Themen (zum Beispiel sexualisierte Gewalt, interne Machtverhältnisse). Die bisherige Vernetzung motiviert bereits jetzt eine kleine Gruppe, die das nächste Treffen im April 2023 vorbereitet – in der Hoffnung, noch mehr Betriebe zu erreichen.

Kontakt für interessierte Kollektive:
kollektivvernetzung@kollektivliste.org

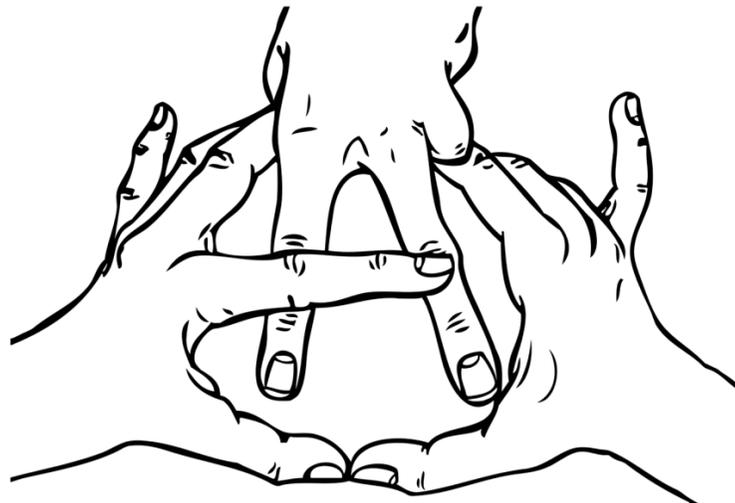


Foto: Pixabay

KOLLEKTIVE BERATUNGSSCHNIPSEL

Von Zeitknappheit und Zeitwohlstand

Zeit ist etwas Merkwürdiges. Wir nehmen sie meistens dort wahr, wo sie gerade nicht ist. Also wo sie fehlt oder schon wieder vergangen ist. Als etwas, was ständig vergeht und ständig knapp ist. Nicht als etwas, was ständig neu entsteht.

So auch im Alltag von Kollektiven. Immer bleibt etwas liegen. Und immer gibt es zu wenig Zeit, um alles Wichtige zu besprechen. Vor allem das, was mehr Zeit und Ruhe bräuhete, was sich dem »Abhaken« widersetzt. Das wird dann aufgeschoben. Denn der Laden muss ja am Laufen gehalten werden. Das Alltagsgeschäft muss weitergehen. Auf der Strecke bleiben häufig ausführliche Gespräche, langwierige Runden und der Austausch verschiedener Sichtweisen. Aber auch das gemeinsame Reflektieren, das In-die-Tiefe-Gehen und leider damit die Erarbeitung gemeinsamer Positionen.

Die wöchentliche Plenumszeit beträgt bei vielen Kollektiven im Schnitt eineinhalb Stunden. Sonst wird natürlich auch miteinander geredet. Aber es ist doch meist die Zeit, in der alle wirklich zusammenkommen und sich gegenseitig hören können. Sie wird oft am Ende des Tages hintendran gehängt. Ist ja eigentlich auch keine »richtige« Arbeit mehr. Wenn alle ohnehin schon müde sind, muss noch das Plenum durchgestanden werden, bevor alle nach Hause »dürfen«. Manchmal bleibt nur das Wochenende, womit das Plenum

in Konkurrenz zu dringend notwendiger Erholung steht. Manchmal muss in Betrieben der Laden für ein paar Stunden zugemacht werden, mit dem nagenden Gefühl, gerade nötigen Umsatz zu verlieren. Und so stört das Plenum oft eher, wird dazwischengeklümmert und verkommt zur Pflicht-Veranstaltung.

Weil es die Anfahrtszeit spart und sich noch leichter im Tagesplan zwischenrindrin unterbringen lässt, weichen viele inzwischen auf Online-Plena aus. Sehr praktisch, wenn die Kollektivist*as gar nicht mehr an einem Ort sind und trotzdem Infos ausgetauscht werden können. Aber das Zusammensein ersetzt es nicht – und das wissen wir alle.

Wenn wir gemütlich in einem Raum sitzen, bei Tee, Kaffee, selbstgebackenem Kuchen und angenehmer Temperatur: Erst dann merken wir die kleinen und doch so entscheidenden Nuancen in der Kommunikation miteinander. Dazu gehören unter anderem die Spannungen, wenn wir über heikle Themen reden. Nur so können wir uns vergewissern, wie das Gesagte angekommen ist: Gibt es gerade Offenheit für meinen Einwand, mein Anliegen? Und, wenn wir uns gestritten haben, können wir uns danach auch wieder in den Arm nehmen? Für den Infoaustausch reicht oft ein Online-Gespräch. Selten aber für strittige oder grundlegende Themen. Und auf Dauer gar nicht.

Das Spannende an gemeinsamen Treffen ist, dass genau hier das Kollektive entsteht, es spürbar und erlebbar wird. Es ist kein zufälliges Zusammentreffen von Einzelkämpfer*innen. Es ist ein gemeinsames Entwickeln, Entwerfen und Gestalten. Um ein Kollektiv zu bilden, müssen unsere einzelnen Gedanken, Vorstellungen und Projektionen zusammenkommen. Dadurch wird erst eine gemeinsame Erzählung geschaffen. Auch bei Unterschieden kann sich eine gemeinsame Sichtweise, nämlich ein geteiltes Verständnis der Unterschiede, entwickeln. Mit den verschiedenen einzelnen Perspektiven und Ideen regen wir uns gegenseitig an. Daraus entsteht wesentlich mehr, als wir jeweils allein hinbekommen hätten.

Und das entsteht nur, wenn alle sich einbringen und äußern. Monologe, schweigendes Zuhören oder etwa das Starren auf den Monitor reicht nicht. Wiederholungen sind hier meist keine Zeitverschwendung. Vielmehr sinnvoll dafür, sicher sein zu können, welche Sichtweisen wir teilen und wie genau unsere gemeinsame Geschichte aussieht.

Dieses Reden, Zuhören und Wiederholen braucht viel Zeit. Je größer die Gruppe ist, um so mehr. Einen halben oder ganzen Tag die Woche, mehrere Stunden an einem Tag, mehrere Tage am Stück, mehrmals im Jahr... der Bedarf ändert sich ständig.

Unsere Erfahrung ist: Gruppen, die sich mehr Zeit dafür nehmen, funktionieren besser. Der »Zeitwohlstand« führt vermehrt zu einem Wohlstand an Verbindung und Klarheit. Und Spaß an der Sache. Zeit ist nicht immer Geld, sondern erstmal Wohlbefinden. Zusätzlich verhindert es an anderer Stelle langwierige zähe Blockadesituationen und zermürbende Konfliktbearbeitungen.

Die gemeinsamen Gespräche sind kein nerviger Anhang an kollektives Arbeiten! Für die andere Gesellschaft, die wir gemeinsam nach unseren Bedürfnissen gestalten wollen, sind sie unerlässlich. Und für selbstorganisierte Gruppen ein zentrales Fundament. Wenn wir etwas gemeinsam machen wollen, ist die Pflege der Kommunikation Teil der Arbeit. Warum machen wir das eigentlich? Was sind unsere gemeinsamen Grundlagen? Und wo wollen wir hin? Das alles sind wesentliche und wiederkehrend zu beantwortende Fragen.

Das Schlagwort Selbstausbeutung meint in der Regel das wenige Geld, das viele haben. Doch was zählt der Wohlstand der Teilhabe und Gestaltung, der Wohlstand an Selbstbestimmung und der Gemeinschaftlichkeit? Und letztlich auch ein Wohlstand an Kommunikation, Gesehen werden und Verständnis.

AG
Beratung

...auf das Kleingedruckte kommt es an

Am Anfang der AGBeratung stand der RGW – der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, eine Berliner Beratungsstelle, die seit 25 Jahren kollektive Projekte aller Art berät. Über die Jahre wurden die Mitglieder des RGW weniger und älter. Das angesammelte Wissen sollte aber nicht verloren gehen und so wurde Nachwuchs gesucht. Das neue Beratungskollektiv entwickelt seine eigene Struktur und Arbeitsweise, kann dabei aber aus dem Erfahrungspool 25-jähriger Beratungsarbeit schöpfen. Diese Kolumne erzählt Geschichten aus dem Beratungsalltag.

www.agberatung-berlin.org

AG Beratung

KLIMASCHÄDLICHEN KONSUM VERMINDERN

Warum es keine fossile Werbung mehr geben sollte

Mit verschiedenen Ansätzen wird versucht, die schlimmsten Auswirkungen der Klimakatastrophe noch zu verhindern. Ein Aspekt, den auch der aktuelle IPCC-Report nennt, wird bisher jedoch stark vernachlässigt: Werbung.

LEONHARD RABENSTEINER,
VEREIN WERBEFREI, GRAZ

Dass ein rascher Ausstieg aus fossilen Brennstoffen eher vorgestern als heute hätte passieren müssen, ist seit den vergangenen Monaten vielen Menschen spürbar bewusst geworden: War und ist der Klimawandel für viele noch immer eine abstrakte Gefahr der Zukunft, so zeigt der Krieg in der Ukraine die Abhängigkeit von diesen Rohstoffen in der Gegenwart und wurde durch die Versorgungsunsicherheit und den Preisanstieg zu einem direkt spürbaren Problem.

Das Geschäft mit dem Greenwashing

Die fossile Industrie will ihr Geschäftsmodell nicht freiwillig aufgeben, sondern trotz der längst bekannten Auswirkungen weiter wirtschaften wie bisher. Das tut sie weltweit mit massivem Lobbying und durch die Beeinflussung der öffentlichen Meinung: PR, Werbung und insbesondere Greenwashing ihres Geschäftsmodells. So werden (Alibi-)Maßnahmen gesetzt, welche nachhaltig oder »grün« wirken und in kleinem Rahmen auch sein können, aber das Feigenblatt für vielfach (nicht nur klima)schädlichere Auswirkungen der Unternehmen sind. Mit einer millionenschweren Werbe- und PR-Maschinerie werden diese Feigenblätter konstruiert und verbreitet, und setzen sich bei den Konsument*innen zum Bild eines Feigenbaumes zusammen. Dass sie eigentlich einen brennenden Plastikbaum vor sich haben, merken wenige Menschen.

Wie lässt sich gegen diese Praxis vorgehen? Die Gesetze dagegen wurden in mehreren Ländern in den vergangenen Jahren etwas verbessert, verstärkt klagen weltweit Klimaschutzorganisationen Firmen gegen Greenwashing und irreführende Werbung. Obwohl Millionen an Strafzahlungen für Konzerne fällig werden können, scheint dies an der Praxis generell wenig zu ändern. Die Werbung wird subtiler und findet neue Schlupflöcher, durch die ein grünes und nachhaltiges Bild von jenen Firmen gezeichnet wird, die mitunter den größten CO₂-Ausstoß verursachen. Auch sind Strafzahlungen oft sogar miteinkalkuliert – und werden erst nach langwierigen Prozessen fällig, welche NGOs viele Ressourcen kosten und daher nicht gegen jede Greenwashing-Kampagne geführt werden können.

Was Werbung mit uns macht

Manchmal wird von Werbenden damit argumentiert, dass sich Kund*innen durch sie informieren können – was eine glatte Umkehr der Funktion von Werbung ist, nämlich der Erweckung eines Kaufimpulses für ein spezifisches Produkt, den wir ohne die Werbung oft nicht hätten. Da wir nicht so rational entscheiden, wie wir es von uns denken, und ein kritisches Medienbewusstsein allzu selten angewandt wird, funktioniert das Wecken vom Wünschen über Emotionen nach wie vor bei vielen Menschen.

Auch für das gesamte Wirtschaftssystem ist Werbung relevant: Am viel zitierten »freien Markt« haben jene Firmen die besten Chancen, die das größte Werbebudget stellen – und dadurch ihre Vormachtstellung weiter festigen können. So trägt Werbung zur



▲ Plakat von Noel Douglas für die #BanFossilAds-Kampagne, plakatiert am Fluc, Wien 2022

Foto: Oliver Ressler

Agglomeration von wirtschaftlicher Macht bei. Gegenstrategien finden sich seit den letzten Jahren verstärkt in der Kunst: Künstler*innen zeigen durch Subvertising bzw. Adbusting, sprich Aneignung, Abänderung und Subversion von Werbefrafiken, welche Illusionen in uns pausenlos hervorrufen werden. Hier werden uns nicht ausschließlich positive Bilder, sondern auch negatives Handeln von Firmen gezeigt und dadurch Kritik geübt, für die in der glänzenden Werbewelt sonst kein Platz ist.

Klimakiller Werbung

Gesteigerter Konsum bedeutet unweigerlich verstärkten Ressourcenverbrauch. Wir können noch so effizient Dinge wiederverwenden und recyceln, aber solange wir sie aus einer Bauchentscheidung und ohne nachzudenken kaufen, tragen wir zum Ressourcenverbrauch bei. Hier ist allerdings eine Differenzierung und Debatte notwendig, da »wirklich nötig« bis zu einem gewissen Grad immer auch eine individuelle Entscheidung ist und bleiben sollte.

Eine Unterscheidung von Werbung nach der (klimaschädlichen) Auswirkungen der beworbenen Produkte ist indes nicht schwierig. So ist etwa an immateriellen Produkten wie kleinen Kulturveranstaltungen wenig zu kritisieren, während jene Produkte, die großteils bis verstärkt fossile Energieträger benötigen, die Frage verdienen, warum es sie überhaupt noch geben kann: Autos, Flüge und Kreuzfahrten, ebenso wie zur Energiegewinnung verbranntes Öl, Gas und Kohle sind direkt für einen beachtlichen Anteil an Emissionen verantwortlich, und

Werbung für sie – »fossile Werbung« – trägt zu ihrer gesteigerten Verwendung bei. Das wird erstmals im aktuellen IPCC-Report erwähnt – und dort wird geraten, (fossile) Werbung zu regulieren, um Emissionen zu reduzieren.

Von Tabakwerbung lernen

Werbung für bestimmte Produktgruppen zu verbieten oder stark einzuschränken, wäre keine neue Idee, sondern ist etwa mit Tabakwerbung schon geschehen: Sie ist nur noch unter strengen Rahmenbedingungen erlaubt. Nicht das Bewusstsein um die Schädlichkeit ihres Produktes ließ die Industrie hier einlenken, sondern eine verlorene Lobbykämpfe, der etliche Jahre der Verzögerung vorangingen. Zwei der vielen Gründe dieser Einschränkung lauten: Tabak schädigt die Gesundheit und die Belastung des Gesundheitssystems tragen letztlich auch jene, die selbst nicht rauchen. Diese Gründe gelten ebenso für fossile Produkte: Sie schädigen zu einem viel größeren Teil nicht nur unsere Gesundheit, sondern auch das planetare Ökosystem.

Effizient genug?

Bis durch die Energie- und Verkehrswende jenen bessere Alternativen ermöglicht werden, die auf fossile Produkte angewiesen sind, ist es schwierig, ein Verbot dieser Produkte sozial gerecht zu gestalten. Würden diese Produkte zumindest nicht mehr aktiv beworben werden, würde der Anreiz für den Kauf und Konsum schädlicher Produkte abgeschwächt. So wie weiterhin Zigaretten gekauft

werden können, könnte auch weiterhin in den Urlaub geflogen werden – vorausgesetzt, dass Menschen das von sich aus noch immer wollen und nicht durch ein verlockendes Werbesujet ihre Flugscham verdrängen. Werden fossile Produkte nicht länger – wie Zigaretten – mit Freiheit assoziiert, könnte ein wichtiger Imagewechsel dieser Produkte passieren. Ein Ende der fossilen Werbung ist nicht die ultima ratio im Kampf gegen den Klimakollaps, aber ein nötiger ergänzender Schritt, der zumindest kontraproduktive Beeinflussung beenden kann.

Europäische Bürger*innen-Initiative

Die Einschränkung von fossiler Werbung und fossilem Sponsoring ist kein unkonkretes Gedankenspiel, sondern Inhalt der Bürger*innen-Initiative »Ban Fossil Fuel Ads«, die von aktuell 36 kleinen bis großen werbekritischen wie Umweltschutzinitiativen und -organisationen aus ganz Europa getragen wird. Sie kann bis zum 4. Oktober von EU-Bürger*innen unterschrieben werden. Sollten bis dahin eine Million Unterschriften in den Mitgliedsstaaten gesammelt werden, muss sich die Europäische Kommission damit auseinandersetzen. Weitere Informationen als auch die Möglichkeit zur Beteiligung ist auf der Kampagnenseite möglich.

Da der Ausgang dieser Initiative ungewiss ist, ist ein paralleler Einsatz auf lokaler oder nationaler Ebene ebenso wichtig, und findet in einer steigenden Zahl an ambitionierten Städten statt: Bereits sechs niederländische Städte (Amsterdam, Utrecht, Den Haag, Leiden, Enschede und

Haarlem) haben sich (in unterschiedlichem Ausmaß) von fossiler Werbung losgesagt, und mehrere Initiativen fordern dies auch für weitere europäische Städte. Auch auf Bezirks- sowie Gemeindeebene ist ein solcher Einsatz möglich, und kann eine Vorbildwirkung als auch sichtbare – und dadurch für Politiker*innen besonders verlockende – Maßnahme gegen die Klimakrise bedeuten.

Der Erfolg gegen Tabakwerbung war schwierig, aber möglich – und er ist es auch gegen fossile Werbung. Wir wissen, was für das Klima gut und was schlecht ist und sollten uns nicht weiter hin zum Schlechten beeinflussen lassen.

Links:
www.banfossilfuelsads.org
www.werbe-frei.at

ANZEIGE

Gefangene nicht vergessen!

In schwierigen Zeiten sind verlässliche Informationen lebenswichtig.

Bitte spenden Sie »contrast« für Gefangene zum Preis von jährlich 45,00 € oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an:
Freiabonnements für Gefangene e.V.
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE02 1002 0500 0003 0854 00
Kennwort: »contrast«
www.freiabos.de

Freiabonnements für Gefangene e.V.

HIMMELBEET, BERLIN

Ein Garten in der Gartenstraße



▲ Das Himmelbeet am alten Standort



▲ Die Bestandteile des Gartens direkt nach dem Umzug

Fotos: Volker Gehrmann

Berlin ist groß, aber die Baulücken werden weniger und die noch existierenden Freiflächen sind hart umkämpft. Das hat auch der Gemeinschaftsgarten Himmelbeet im Berliner Wedding jüngst zu spüren bekommen. Nachdem der Garten fünf Jahre lang Treffpunkt und Bildungsstätte war, hat das Bezirksamt die Gartenfläche in der Ruheplatzstraße 12 neu vergeben. Auf der Fläche wird wieder ein soziales Projekt seinen Platz finden – nur eben ein anderes. Nach langem Bangen steht nun endlich fest, dass diese Entscheidung nicht das Aus für das Himmelbeet bedeutet. Der Bezirk stellt eine neue Fläche zur Verfügung, nur etwas mehr als einen Kilometer Luftlinie entfernt, an der Ecke von Grenz- und Gartenstraße.

HELENE JÜTTNER, BERLIN

ANZEIGE

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Ausgabe 6/22 u.a.:

- J. Stengel: »Kollektiver Notruf« – Ein Monat Streik an den Uni-Kliniken in NRW
- AK Wahlbeobachtung: »Eine Mischung von Lokalkolorit und Genosse Trend« – Zu den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und NRW
- M. Maaroufi, M. Seidel: »Institutionelle Hürden auf dem Weg zu mehr Gerechtigkeit« – Warum setzen wenige prekäre migrantische Beschäftigte ihre Arbeitsrechte durch?
- M. Schumann, M. Mence: »Jedenfalls für einen historischen Wimpernschlag lang« – Im Gespräch mit Renate Hürtgen, Gründungsmitglied der IUG in der DDR
- Forum Arbeitswelten: »Wenig Luft zum Atmen, noch weniger Raum für Bewegung« – Ein Brief aus Guangzhou

Probelesen ?!
Exemplar anfordern !!

Niddastraße 64 VH
60329 FRANKFURT
express-afp@online.de
www.express-afp.info

Maria Stieger und Pauline Schlaumann blicken konzentriert auf das, was aktuell schwer als Garten erkennbar ist. Von einem Bauzaun umgeben stapeln sich übermannshoch Euro-Paletten, halb von einer Plane bedeckt wölben sich viele Kubikmeter Mutterboden, Bauholz aller Art und alte Fenster lehnen an großen, milchig-weißen Wassertanks und ein bunter Haufen Gemüseboxen wartet auf die nächste Ernte. Maria ist gelernte Mode-Designerin und über ihr Engagement im Kiez zum Himmelbeet gekommen, Pauline hat ihr freiwilliges ökologisches Jahr im Himmelbeet gemacht und ist auch darüber hinaus dabei geblieben. Beide schätzen das Projekt als einen Ort des Lernens, des Austauschs und des Anpackens. Der frisch umgezogene Garten sieht aus wie noch nicht ausgepackt. Seine einzelnen Bausteine warten darauf, wieder zu einem lebendigen Ganzen zusammengesetzt zu werden. Auf dem großen Erdhaufen, der wortwörtlichen Grundlage des Gartens, blüht wie als Symbol schon eine einzelne Tulpe.

Schon seit 2016 war der Verbleib des Gartens in der Ruheplatzstraße immer wieder unklar. Der Nutzungsvertrag wurde jeweils nur im Jahresabstand verlängert, Planungssicherheit gab es für das Team wenig. Das hat viel Energie gekostet, sagen Maria und Pauline, und doch muss es auf der neuen Fläche jetzt richtig losgehen, denn mit dem Frühling ist auch die Gartensaison angebrochen. Bald kommen wieder Kitagruppen und Workshops der Volkshochschule zum Gärtnern und beim Kiez-Backen wird frisches Brot in den Steinofen geschoben. Ein Gemeinschaftsgarten verbindet viele Elemente, die soziale Strukturen in einem Stadtteil stärken können: Der Garten an sich ist ein Begegnungsort, das Gärtnern schafft gemeinsamen Sinn und gemeinsame Ziele und lädt zum Draußen sein und zum Anpacken ein. Das Himmelbeet ist ein Ort, an dem Menschen allen Alters aus verschiedenen Milieus und in verschiedenen Lebenslagen zusammenkommen können.

Von einer Ausnahme gerettet

Durch seine Hartnäckigkeit ist dem Team des Himmelbeetes etwas gelungen, an dem viele andere scheitern: Sie haben in einem Bezirk mit wenig Platz

einen neuen Standort gefunden. Denn an der Ecke Grenz- und Gartenstraße ist eigentlich ein kleiner Park. Aber das Berliner Grünflächenamt hat eine befristete Sondernutzung für diese öffentlichen Grünfläche genehmigt. Damit wird das Himmelbeet von einer Ausnahme gerettet, von denen es berlinweit nur einige wenige gibt. Zugestimmt hat das Grünflächenamt vermutlich auch, weil das dreieckige Areal – begrenzt von Schienen, einer Kopfsteinpflasterstraße und einer verfallenen S-Bahn-Brücke mit verrostetem Charme – ein Stiefkind des Bezirks zu sein scheint. Der Rutschurm auf dem Spielplatz ist morsch, eine einzelne, ausgeblühte Federwippe ist seine einzige Gesellschaft, von Kindern fehlt in der Regel jede Spur. Die Straße wird zum Abstellen von Autoanhängern und zum Abladen von Sperrmüll mehr benutzt als zum Fahren. Auch Radfahrer ziehen sich ob des schlechten Pflasters auf die Gehwege zurück. Der Ort ist umgeben von einer Aura der Vernachlässigung.

Integration in die neue Nachbarschaft

Doch er ist nicht völlig verlassen. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite betreibt der Internationale Bund eine Unterkunft für wohnungslose Männer. Und nicht nur für die Bewohner sind die Bänke und die lange kleine Mauer am verlassenen Spielplatz regelmäßiger Treffpunkt. Auch Roy und Dieter sind öfter hier und sie wissen erstaunlich gut über ihre neuen Nachbar*innen Bescheid. Roy ist klein, mit rundem Bauch und runder Glatze, er ist trotz des wenig vorangeschrittenen Tages schon ordentlich betrunken. Sein Kumpel Dieter ist im Gegensatz dazu groß und dünn, hat etwas pieksig aussehende blonde Haare und hat Schwierigkeiten, still zu stehen. Beschwingt hüpfert er zu der Musik, die von einer anderen Gruppe herüberschallt von einem Bein aufs andere, während Roy erzählt. Sie hätten mit »der Chefin« vom Garten gesprochen und wissen, dass es Ärger mit dem Bezirksamt gegeben hat und dass Geld für den Umzug fehlt. Wer genau »die Chefin« sein soll, wissen auch Maria und Pauline nicht. Aber feststeht, dass Dieter und Roy sich wirklich freuen würden, wenn das mit dem Garten klappen sollte. Dieter würde zur Unter-

stützung Unterschriften sammeln, egal für was. Roy beschwört seinen grünen Daumen und bietet an, nachts auf den Garten aufzupassen: »Wer an meinen Knoblauch geht, bekommt Ärger!«

Marcel Sterz, der Einrichtungsleiter der Unterkunft, sieht die Zusammenarbeit mit dem Himmelbeet als Chance für die Bewohner, die langfristig im Aufnahmewohnheim unterkommen. Gerade Angebote, bei denen es um gemeinsames Kochen und Essen geht, werden immer gut angenommen, berichtet er. Auch eine Grundschule und ein Altenheim befinden sich in unmittelbarer Nähe. Maria Stieger hofft, dass die Integration in die neue Nachbarschaft gut gelingt. Der Garten soll so zugänglich wie möglich gestaltet sein. Das Himmelbeet plant offene Tage, bei denen Menschen spontan zum Mitmachen kommen können und eine Runde durch den Kiez, bei der sich das Team persönlich vorstellt. Barrierefreie Wege und Schilder in einfacher Sprache sollen zusätzlich Hürden abbauen.

Doch selbst mit einem neuen Standort, neuen Perspektiven und neuen engagierten Nachbarn ist das Bestehen des Himmelbeetes noch immer nicht gesichert. Das Garten-Café, über das sich das Projekt mitfinanziert, kann dieses Jahr wegen des Umzugs erst viel später eröffnen. Außerdem sind die Rücklagen knapp und nach den Neuwahlen sind viele Fördergelder noch eingefroren. Dazu kommt, dass die Sondernutzung nur für fünf Jahre genehmigt ist und der Standort an der Gartenstraße von Grund auf neu erschlossen werden muss: Es gibt kein Wasser und keinen Strom. Rund 21.000 Euro fehlen dem Projekt, deswegen läuft gerade eine Crowdfunding-Kampagne, um die neue Infrastruktur zu finanzieren.

Wenn alles gut geht, stehen auf den knapp 2.000 Quadratmetern bald 250 Beete, der Großteil davon kann für einen kleinen Beitrag gepachtet werden. Der Rest sind Sozialbeete, die Projekten und Schulen kostenlos zur Verfügung stehen. Wem ein eigenes Beet zu viel Arbeit ist, der kann auch einfach an den gemeinschaftlichen Beeten mitgärtnern – allerdings ohne Garantie, dass nicht doch jemand anderes die Erdbeeren (oder den Knoblauch) aberntet. Wie es längerfristig weitergeht bleibt abzuwarten, zunächst gilt es, Beete aufzu-

bauen und den Garten zu bepflanzen – vielleicht ja auch mit der Hilfe von Dieter und Roy.

Link zum Crowdfunding: <https://bit.ly/3teFf9y>

Über das Projekt

Das Himmelbeet ist ein Gemeinschaftsprojekt. Auf die Frage, was das Himmelbeet ist, existieren bestimmt mehr Antworten als Würmer in unserem Kompost. Sollten wir sagen, was uns antreibt, es zu erhalten, dann ist es die Formulierung eines Anspruchs: Das gute Leben für Alle. Ein Versuch. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Egal, ob es um Bildung oder gute Nahrungsmittel geht, viele Menschen haben keinen Zugang. Für viele ist es schwerer als für andere, für manche ist es ohne Hilfe unmöglich. Wir wollen Möglichkeiten schaffen, jenseits monetärer Zusammenhänge.

Weil niemand alles kann und gute Ideen Platz brauchen, teilen wir den Raum mit anderen. Wir verstehen uns darum als Plattform in der Nachbarschaft und darüber hinaus als Teil eines Netzwerkes von der globalen bis zur lokalen Ebene, das unsere Ziele teilt.

Soziale und ökologische Krisen sind die Themen unserer Zeit. Nicht nur sich änderndes Klima hat katastrophale Folgen. Abschottung und Populismus können keine Antworten auf globale Herausforderungen sein. Wir arbeiten intensiv zu den Themen gesellschaftliche Transformation, Zukunft der Stadt und sind fest überzeugt, dass »wertvoll« mehr bedeuten kann als »Geld«!

Rassismus oder sonstige Diskriminierungsformen lehnen wir entschieden ab (und reden darüber). Wer diese und andere Grenzen überschreitet und damit Einzelnen und der Gemeinschaft schadet, fliegt raus.

Offene Mitmachtage

Jeden Mittwoch von 14 bis 20 Uhr gibt es Aktionen, zum Beispiel Beete aufbauen. Vorkenntnisse sind nicht erforderlich, Teilnahmekosten fallen keine an.

Link: <https://himmelbeet.de>

ZIVILER UNGEHORSAM VOR RICHTER

110 Tagessätze wegen »Unbelehrbarkeit«

Kann man »belehrt« werden, den Kampf gegen ein uns alle existentiell bedrohendes Unrecht aufzugeben und das Feld denen zu überlassen, die »unbelehrbar« unseren Planeten auf den Abgrund zuführen? Das ist offensichtlich die Botschaft eines Richters am Amtsgericht Grevenbroich. Er verurteilte mich, Arzt und Aktivist, am 12. Mai 2022 zu 110 Tagessätzen wegen einer Aktion des zivilen Ungehorsams.

ERNST-LUDWIG ISKENIUS, LÜBTHEEN

Anlass war eine Aktion der »Lebenslaute«, die jedes Jahr klassische Musik an Unrechtsorten spielen, wo man klassische Musik nie vermuten würde: an Militärstützpunkten, in Flüchtlingsheimen, Abschiebekästen, Rüstungsbetrieben oder in bedrohten Waldgebieten. Mit solchen Aktionen soll der jeweilige Widerstand gegen politisches Unrecht vor Ort gestärkt und ans Licht der Öffentlichkeit gebracht werden. Verbunden werden diese Aktionskonzerte jeweils mit einem Akt des zivilen Ungehorsams, einer gezielten Regelübertretung, um auf die zugespitzte existentielle Situation für Mensch, Tiere und Ökologie aufmerksam zu machen. 2021 fiel die Wahl für das zentrale Aktionskonzert auf den Tagebau Garzweiler, eine Braunkohleleckerschleuder, die schon ganze Dörfer, Sozialstrukturen und Gesundheit unzähliger Menschen zerstört hat und unser Klima weiter schädigt. Der »Täter« ist der multinationale Konzern RWE. Über 80 Musiker*innen drangen am 12. August 2021 an drei Stellen in den Tagebau ein mit dem Ziel, zumindest für einige Zeit den Betriebsablauf zu stören. Die Musikgruppen konnten unterschiedlich weit in den Tagebau eindringen, wurden von Werkschutz und Polizei aufgehalten und nach üblicher Personalienfeststellung wieder aus der Grube herausgeführt.



▲ Ernst-Ludwig Iskenius im Garten seines Wohnprojektes »COMMuna« im Mecklenburgischen Elbetal

Foto: Privat

Interessant ist nun, wie unterschiedlich die Aktion juristisch bewertet und geahndet wurde. Von einer Staatsanwaltschaft wurde den Aktivist*innen, deren Personalien erfasst wurden, gegen Auflage von zehn Euro die Einstellung des Verfahrens angeboten. Offensichtlich scheute man den Aufwand von vielen Strafprozessen. Ein anderes Amtsgericht hatte zunächst das Angebot von 900 Euro gegen Einstellung angeboten und – da zu viele Widersprüche kamen – auf 300 Euro als Spende an eine gemeinnützige Organisation reduziert. Viele sind wegen des Aufwandes darauf eingegangen, allerdings nicht alle, so dass bisher bei diesem Amtsgericht drei Freisprüche zu verzeichnen waren. Die Begründung des Richters: Weil RWE so viel Schaden anrichte, sei es gerechtfertigt, dass das Unternehmen eine solche Aktion mit Hausfriedensbruch auf seinem Gelände dulden

müsse. Denn sonst würden Grundrechte der Aktivist*innen verletzt.

Leider ist die Staatsanwaltschaft in Revision gegen diese Begründung für einen Freispruch gegangen. Die drei Prozessführenden haben sehr ausführlich ihre Gründe für ihre Beteiligung an der Aktion im Tagebau dargelegt, die der Richter dann auch würdigen konnte. Einige Prozesse stehen an diesem Gericht noch aus.

Das Amtsgericht Grevenbroich hatte schon in der Vergangenheit mehrere Klimaaktivist*innen wegen Hausfriedensbruch für ein Eindringen in den Tagebau verurteilt, meist mit einer geringen Anzahl von Tagessätzen (30 Tagessätze). Da ragte der gegen mich gerichtete Strafbefehl durch die Staatsanwaltschaft von 80 Tagessätzen schon heraus. Der Hintergrund: Ich bin wegen des gleichen Deliktes »Hausfriedensbruch« zwei Mal schon rechtskräftig verurteilt worden.

Damals ging es inhaltlich um den Widerstand gegen die Gefahr einer Vernichtung durch Atomwaffen und die völkerrechtswidrige atomare Teilhabe Deutschlands.

Strafe zur Abschreckung

Im Grevenbroicher Prozess machte ich deutlich, dass die vorgesehene Fortsetzung des schmutzigen Braunkohleabbaus bis 2038 zu einem existentiellen gesellschaftlichen Kollaps führen würde. Schon jetzt habe RWE mit seinem Tagebau unsägliches Leid für die betroffenen Menschen vor Ort und die Zerstörung der Sozialstrukturen in der Region zu verantworten und darüber hinaus die gefährliche Klimaerwärmung begünstigt. Darunter leiden heute schon Menschen in anderen Regionen der Welt oder werden nachhaltig geschädigt. Das wollte allerdings der Richter nicht

hören und hat auch die eingebrachten Beweisanträge zu den einzelnen Fakten und der Notwendigkeit des zivilen Widerstands abgelehnt. Er schloss sich der Auffassung der Staatsanwältin an, dass ich »unbelehrbar« sei und setzte zur Abschreckung meines sozialen Umfeldes (»Solche Aktionen sind nicht zu dulden!«) auf die von ihr geforderten 80 Tagessätze noch eins drauf: insgesamt 110 Tagessätze für dieselbe Aktion, die sein Kollege im benachbarten Amtsgericht freigesprochen hat.

Natürlich bin ich in Berufung gegangen, so dass vor einem Landgericht noch einmal die Frage verhandelt werden muss, ob angesichts der existentiellen Gefahren für die Region, für unsere Gesellschaft und für den gesamten Planeten angesichts der absehbaren Nichterfüllung des Pariser Klimaabkommens durch Deutschland und angesichts der drohenden Zerstörung weiterer Dörfer durch die großen Abraumbagger Regelübertretung ein notwendiges und angemessenes Mittel von Protest und Widerstand ist – zumal das Mittel des zivilen Ungehorsams niemandem schadet außer dem Ruf von RWE und seinen politischen Helfer*innen und zur Delegitimierung der gegenwärtigen Klimapolitik beiträgt.

In meinen Augen ist dieses vom Grundgesetz Artikel 20a gedeckt: »Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.« Wenn der nächste Prozesstermin feststeht, wird wieder zur Beobachtung und Unterstützung aufgerufen.

Link: www.lebenslaute.net

BERICHT ÜBER GEFÄNGNISAUFENTHALT

»Mahnwache hinter Gittern«

Ria Makein gehört zur »Büchel 17«-Gruppe, die im April 2019 ein Go-In auf das Atomwaffengelände in der Eifel veranstaltete, wo immer noch etwa 20 US-Atombomben lagern. Im »Ernstfall« sollen Bundeswehr-Soldaten sie ins Ziel fliegen. Sie stellen aber auch selbst ein Ziel für etwaige gegnerische Angriffe dar. Wegen ihres »Deliktes« kam Ria Makein vom 8. Mai bis 6. Juni in Haft. Für CONTRASTE schildert sie ihre Erfahrungen.

RIA MAKEIN, BEDBURG-HAU (NIEDERRHEIN)

Meine Proteste gegen die atomare Bewaffnung begann ich 1981 mit der Hofgarten-Demonstration gegen den NATO-Doppelbeschluss als Kindergartenleiterin in Köln. Ich hatte angefangen, mich zu fragen, für welche Zukunft ich die Kinder vorbereiten sollte, wenn sie der ständigen Gefahr eines Atombombenunfalls oder -angriffs ausgesetzt würden. Mit Teilnahme an Blockaden und später an Einstiegen in Militäranlagen intensivierte ich meinen Einsatz.

Am 30. April 2019 hatte ich die Gelegenheit, mit sechzehn anderen Aktivist*innen in den Atomwaffenstandort in Büchel einzudringen, um so gegen die permanenten Atomkriegsvorbereitungen zu protestieren. Obwohl man angesichts der verheerenden Waffen meines Erachtens nicht von Hausfrieden sprechen kann, befand der Richter, dass ich den Hausfrieden des Militärs gebrochen hätte

und verurteilte mich zu 30 Tagessätzen à 45 Euro.

Vergeblich hatte ich dem Richter erklärt: »Sie werden doch nicht rechtfertigen können, dass unser Staat atomaren Massenmord vorbereitet. Die zwanzig dort gelagerten Waffen sind dreimal so zerstörerisch wie die am Ende des Zweiten Weltkrieges eingesetzten, welche die Städte Hiroshima und Nagasaki pulverisierten. 20 Städte im Osten Europas mit 100.000 Einwohner*innen sollen derart zerbröseln werden – das kann und will ich nicht hinnehmen.«

Da ich nicht bereit war, die Strafe zu bezahlen, durfte ich ab dem 8. Mai 2022 in der JVA Willich antreten. Wie überrascht war ich aber, dass ich nicht wie erwartet in den offenen Vollzug kam, wo ich schon 1991 und 1994 für Einstiege in Mutlangen, Frankfurt Airbase und die Bunkerbaustelle in Linnich-Glimbach eingewiesen hatte, sondern zunächst mal für neun Tage in den Geschlossenen zur Quarantäne. Einzelzelle, Gitter vor dem Fenster, hohe Mauern und eine Stunde Freigang mit vier bis fünf anderen Quarantäne-Häftlingen. Am zweiten Abend geriet ich dadurch in eine kleine Panik und dachte nur: Ich will hier raus! Am nächsten Tag kam die erste Post, bunt und vielfältig, mit der ich die Zelle ausschmücken konnte. Das gab mir enormen Auftrieb. Am Donnerstag früh kam eine Beamtin zu mir und erzählte begeistert von einer

Musikaktion vor dem Gefängnis am Abend vorher. Es waren Musiker*innen der »Lebenslaute«, die eine Begleitaktion vor dem Amtsgericht im benachbarten Grevenbroich für einen dort verurteilten Klimaaktivisten durchgeführt hatten. Später am Tag kam dann ein Bediensteter mit viel Post, darunter ein Stapel Postkarten von der Lebenslaute-Aktion mit dem Text: »Eine demokratisch beschlossene Ungerechtigkeit bleibt eine Ungerechtigkeit. Auch wenn sie formaljuristisch kein Unrecht darstellt.« Warum fiel mir dazu wohl die »Rechtsprechung« der nationalsozialistischen Justiz ein?

Der Beamte fragte nun, ob ich berühmt sei, und ich antwortete: »Vielleicht danach!« Worauf er meinte, wer so viel Post bekomme, müsse schon berühmt sein. Aber ich dürfe nur 30 Postkarten in der Zelle haben und deshalb müsse er die überzähligen zu meiner Habe geben.

Es waren ganz viele Briefmarken mitgeschickt worden, und so war ich mit Briefe lesen und Antworten schreiben gut beschäftigt, bis ich nach neun Tagen mit Sack und Pack in den offenen Vollzug umziehen durfte. Dort hatte ich ein Einzelzimmer mit Schlüssel. Ich konnte tagsüber jederzeit in den Garten gehen oder die Gemeinschaftsräume nutzen. In der Bibliothek konnte ich mir Bücher ausleihen – es ging mir gut. Der Kontakt zu den Mitgefangenen war wie im richtigen Leben: zu manchen

sehr gut, zu manchen weniger und zu einigen überhaupt nicht gegeben. Leider wurde mir an einem Tag, als ich im Besucherraum war, mein Vorrat an dreißig Briefmarken aus dem Zimmer entwendet. Ich war selbst schuld, denn ich hatte das ebenerdige Fenster offengelassen. Entsetzt war ich trotzdem. Bei der Meldung beim Personal wurde mir gesagt: »Sie wissen doch, wo Sie hier sind.«

Am Freitag vor meinem Auszug fragte mich eine Beamtin, warum ich denn da sei, das habe sie nicht mitbekommen. Nach meiner Beantwortung fragte sie, ob ich denn vor einiger Zeit die Kraniche gefaltet hätte, die noch in einigen Büros hängen. Da konnte ich ihr sagen, dass das von Hanna Jaskolski gemacht worden sei, die auch schon zweimal dort eingewiesen hatte. Mit Hanna Jaskolski und drei weiteren Aktivist*innen hatte ich Anfang der 90er Jahre in Linnich-Glimbach unerlaubt die NATO-Bunkerbaustelle betreten. Hier sollte die Generalität den Atomkrieg weiterführen können, wenn die Bevölkerung schon durch Atomschläge »geschreddert« worden wäre. Um das zu verhindern, müssen wir anders investieren als in die Vorbereitung genau dieses Krieges. Lasst uns die Gefängnisse füllen, wenn wir anders nicht zu Wort kommen gegenüber den Mächtigen dieser Welt!

Siehe auch: <https://bit.ly/3QmLBfB>

▲ Ria Makein am 8. Juni 2022 nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis

Foto: Privat

ANZEIGE

**Gemeinsam
die Welt
verbessern?**
Genossenschaft gründen!
www.genossenschaftsgruendung.de
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.
Baumeisterstr. 2 · 20099 Hamburg · Tel. 040-2 35 19 79-0

NEUIGKEITEN VON TWIN OAKS

Gemeinschaftssommer 2022

Twin Oaks ist eine säkulare, intentionale Gemeinschaft und ein Ökodorf mit 100 Personen in Virginia (USA). Zu unseren wichtigsten Werten gehören Einkommensenteilung und Gleichberechtigung.

VALERIE RENWICK, TWIN OAKS, VIRGINIA (USA)

Nachdem wir zwei Jahre lang versucht haben, Covid aus der Gemeinschaft herauszuhalten, hatten wir diesen Frühling schließlich unsere ersten Fälle. Fünfzehn (von unseren rund 100 Bewohner*innen) erkrankten, alle waren geimpft und aufgepäppelt, und insgesamt verliefen die Fälle relativ mild. Wir sind dankbar, dass es so glimpflich abließ.

Wir befinden uns in einer Zeit, in der relativ viele Menschen kommen und gehen. Es gibt hier oft eine Frühjahrsabwanderung, weil die Leute sich inspirieren lassen, woanders hinzugehen, sobald das schöne Wetter eintrifft. Außerdem haben wir in den Sommermonaten mehr Besucher*innen, da die Leute oft mehr Zeit haben. Wir haben zwei Familien, die Langzeitreisen unternehmen – eine Familie wird ein Jahr lang durch die USA und Mexiko reisen und ein Vater und sein erwachsener Sohn werden mehrere Monate lang zusammen quer durchs Land reisen, um Freunde und ehemalige Twin-Oaker zu besuchen.

Capoeira in Twin Oaks

Hier in Twin Oaks haben wir zwei wöchentliche Capoeira-Kurse, einen für die jüngeren Kinder und einen für Erwachsene. Macaco, der vor sechs Jahren von New York nach Virginia kam, um diese Ausdrucksform zu unterrichten, hat Twin Oaks durch Leute aus den umliegenden Gemeinden gefunden. Im Januar dieses Jahres hat er begonnen, Capoeira-Kurse für die jüngeren Kinder zu geben. In diesen Kursen unterrichtet Macaco die Kinder in den Ausdruckskünsten, vor allem in dem folkloristischen Tanz Capoeira. Das ist eine afro-brasilianische Kunstform, die Kampfsport und Tanz verbindet. Dieser Tanz wird in großen Gemeinschaften getanzt und dient dazu, die Beziehungen zwischen den Mitgliedern durch Rhythmus und Bewegung zu fördern.



▲ Macaco probt mit TwinOaks Kids Capoeira

Foto: Twin Oaks Community

Macaco fügt dem Capoeira-Unterricht eine zeitgenössische Note hinzu, um seine Zeit als farbiger Mensch in New York City zu feiern. Als Macaco im Januar im »Unicorns« zu unterrichten begann, wurde er sehr herzlich aufgenommen. Viele der Kinder haben die Zeit, in der sie die verschiedenen Tänze und Lieder lernten, sehr genossen. Selbst das jüngste Mitglied von Twin Oaks genießt es, auf der Trommel zu spielen und mit dem Fuß im Takt zu wippen. Die Kinder haben Dinge gelernt, die von der Bandbreite der Körperbewegungen, ihrer Linken und Rechten und deren Kontrolle bis hin zu

den sozialen Emotionen des Zusammenspiels in einer Gruppe reichen. Trotz der Pausen, die das Leben und die Pandemie erfordern, ist der Wille, weiter zu lernen, ungebrochen.

Beim Capoeira geht es nicht nur um das Körperliche, sondern um die Geschichten, die durch den Gesang erzählt werden; und um den Akt des Zusammenseins in einer Gemeinschaft. Man lernt voneinander und kommt zusammen, um sich mit seinem Körper und seiner Stimme durch das Spiel und den Gesang auszudrücken. Macacos Ziel für die Zukunft in Twin Oaks ist es,

eine Capoeira-Gruppe zu gründen. Er hat mir gesagt, dass eine erfolgreiche Gruppe neun Spieler*innen braucht, die wissen, was sie tun. Sein Plan sieht vor, alle drei Generationen zu unterrichten: die Kinder, die Erwachsenen und die Älteren mit Weisheitsliedern – ein afro-brasilianisches Lied, das Weisheit vermitteln soll. Jede*r kann mitmachen, auch wenn er oder sie nur mitsingt. Es geht darum, Weisheit durch Musik und Gesang weiterzugeben. Für die Zukunft plant Macaco, einen Spielkreis in der Gemeinde zu gründen, um das Stück dann uraufzuführen.

REPRESSIONS- UND RECHTSFÄLLE

Eine neue Waffe der Justiz

Gleich in mehreren Verfahren mussten Verkehrswende-Aktivist*innen im Raum Wolfsburg eine dort offenbar übliche Praxis erleben, die die Verteidigungschancen fast auf Null reduziert. Ein weit hinten in der Strafprozessordnung versteckter Paragraph ermöglicht es Gerichten bei sogenannten »beschleunigten Verfahren«, in der Beweisaufnahme alle, auch die formal als Antrag vorgetragene Gegenbehauptungen zur Anklage gar nicht zu überprüfen: »Im Verfahren vor dem Strafrichter bestimmt dieser unbeschadet des § 244 Abs. 2 den Umfang der Beweisaufnahme.« Damit ist das Beweisrecht von Angeklagtem und Verteidigung faktisch auf null bzw. vollständig von der Laune des Gerichts abhängig, denn dieses ist im § 244 Abs. 3 geregelt. Im Abs. 2 geht es um die Beweisführung des Gerichts selbst. Die Einschränkung hat also kaum eine Wirkung, weil das Gericht nur auf sich selbst Rücksicht nehmen muss. Beck online kommentiert:

»Die Ablehnung von Beweisanträgen setzt nur noch voraus, dass das

Gericht die Erhebung des angebotenen Beweises zur Erforschung der Wahrheit nicht für erforderlich hält; sie erfolgt durch Gerichtsbeschluss, der zu begründen und wie der Beweis antrag zu protokollieren ist, wobei sich die Begründung darauf beschränken kann, dass die Beweiserhebung zur Wahrheitserforschung nicht erforderlich ist.« In zwei Verfahren im April wurden 100 Prozent aller Beweisanträge auf diese Weise pauschal abgelehnt. Immerhin hält der aktuelle StPO-Kommentar diese Praxis in der zweiten Instanz (Berufung) für nicht möglich, was dann statt einer Verkürzung eine Verlängerung von Verfahren bedeutet.

Widersprüchliche Urteile gegen Autobahnabseiler*innen

Die ersten Verfahren, zunächst an Amtsgerichten, sind beendet. Es zeigt sich, dass Staatsanwaltschaften und Gerichte zwar mit großer Wut gegen Aktivist*innen vorgehen, aber dabei völlig unterschiedliche Wege beschreiten. Eine Bestrafung dieser Aktionsform ist nämlich

gar nicht naheliegend. Bei der ersten Aktion dieser Art, im Jahr 2000 zur Eröffnung der Expo über dem Messeschnellweg in Hannover, stellte die Staatsanwaltschaft schnell klar, dass es sich um eine demonstrative Handlung und daher nicht um eine Straftat handele. Der zweite Fall, eine Aktion im Rahmen der Aktion »Ende Gelände« im Jahr 2015, die das Überschreiten der gesperrten Autobahn Richtung Tagebau Garzweiler ermöglichte, ging zwar vor Gericht. Dort musste die Staatsanwaltschaft aber schnell einsehen, dass der Vorwurf eines gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr nicht in Frage kam, da die Autobahn formal in 4,70 Meter Höhe endete und sich die Kletternden stets darüber befanden. Als sich dann rund um die Räumung des Dannenröder Waldes solche Aktionen häuften, machte zunächst die Gießener Staatsanwaltschaft die gleiche Aussage wie damals die in Hannover. Die gleiche Aktionsform wenig später im Frankfurter Raum wurde dann plötzlich, trotz unveränderter Gesetze, völlig anders ausgelegt. Mehrere Beteiligte wurden direkt wochen-

lang eingesperrt. Im Mai gab es in Frankfurt-Höchst zudem drastische Urteile: Sieben oder mehr Monate Haft – für Nötigung. Die Kletternden hätten die Polizei verleitet, den Verkehr zu stoppen. Die hätten das »willenlos« getan und hinter den ersten Autos im Stau, die noch hätten fahren können, sind dann andere zum Anhalten genötigt worden. Diese wirre Herleitung lehnte wiederum das Amtsgericht Helmstedt für eine Aktion nahe Wolfsburg über der A39 ab, bejahte nun aber plötzlich den gefährlichen Eingriff, obwohl es auch anerkannte, dass nie jemand den Autobahnraum betreten oder beeinflusst, geschweige denn ein Hindernis oder Ähnliches bereitet habe (was der Paragraph aber verlangt).

Infos unter: autobahn.siehe.website

Versammlungsrecht fördert Verkehrswende

Immer mehr Verkehrswende-Aktive entdecken das Versammlungsrecht, um temporär die Verhältnisse herzustellen, die sie sich für einen

Straßenabschnitt oder Bereich wünschen. Das Demorecht gibt nämlich deutlich mehr her als die üblichen, ausdruckschwachen Kundgebungen. Per Versammlungsrecht lassen sich temporär zum Beispiel eine Fahrradstraße, eine autofreie Zone am Grundschule oder Kindergarten, eine Spielstraße schaffen. Ort und Design könnt ihr bei störrischen Behörden dann sogar gut durchkämpfen, da es ein gewichtiges Argument für die Klage ist, genau das Ziel durch die Demo zeigen zu wollen. So gab es mehrfach Demos auf oder über Autobahnen, um deren Abriss zu fordern, in Gießen Versammlungen für Rundum-Grün-Ampelschaltungen, für Fahrradstraßen und mehr Fußzonen, bei denen diese temporär geschaffen wurden. Nutzt das – nicht nur für verkehrspolitische Themen! Tipps einschließlich Kontaktadressen für weitere Beratung Workshops und Aktionstrainings gibt es unter:

verkehrsaktionen.siehe.website

Einladung zu Sommerveranstaltungen

Twin Oaks Queer Gathering vom 5. bis 7. August: Kommt zu uns für ein Wochenende voller Spaß, Lernen, Workshops, Networking, Feiern und mehr! Dies ist eine von Teilnehmer*innen geleitete und mitgestaltete Veranstaltung, so dass der Inhalt größtenteils von euch abhängt! Du kannst einen Workshop leiten, einen Teil der Tanzparty moderieren, deine Instrumente zum Jammen mitbringen oder ein interessen- oder identitätsbasiertes Treffen anbieten (BIPOC-Dinner, nicht-binäres Mittagessen, Comic-Frühstück usw.). Die Anmeldegebühr beträgt 80 US-Dollar (gestaffelt – zahl, was du kannst: 40 bis 140 US-Dollar) und beinhaltet Mahlzeiten und einen Zeltplatz. Arbeitstausch ist möglich. BIPOC-Reisestipendien sind per E-Mail an atqueergathering@twinoaks.org erhältlich.

Link: www.twinoaksqueergathering.org

Twin Oaks Frauentreffen vom 19. bis 21. August: Wir versammeln uns im Wald, um gemeinsam mit Frauen Kreativität zu feiern. Workshops zu den Themen Selbstdarstellung, Heilung, Sexualität, Aufbau positiver Beziehungen, DIY-Musik, Kunst und Bewegung. 85 US-Dollar Anmeldegebühr (gleitende Skala – zahle, was du kannst: 80 bis 160 US-Dollar), einschließlich Mahlzeiten/Zeltplatz.

Link: womensgathering.org,
Mail: emailgathering@twinoaks.org

Konferenz der Twin Oaks-Gemeinschaften vom 2. bis 5. September: Wenn du auf der Suche nach einer bewussten Gemeinschaft bist oder wenn du in einer Gemeinschaft lebst und neue Mitglieder suchst, ist dies die richtige Veranstaltung für dich. Wir bringen erfahrene Kollektivist*innen und Kommunitarist*innen mit Suchenden zusammen, die mehr erfahren oder ein Zuhause finden wollen. Wir erwarten, dass dreißig Gemeinschaften vertreten sein werden. Die Anmeldegebühr beträgt 125 US-Dollar einschließlich Mahlzeiten und Zeltplatz. Arbeitsaustausch und Stipendien sind möglich.

Link: communitiesconference.orgFür weitere Informationen: www.twinoaks.org



DEZENTRALE ENERGIEWENDE

Sozialinnovative Bedarfe für Solarparks erschließen

Wollen Bürgerenergiegenossenschaften ihre ursprüngliche Pionierfunktion für den Ausbau der dezentralen Energiewende beibehalten, im Idealfall sogar ausbauen, müssen sie sich in ihrem wichtigsten Geschäftsfeld Photovoltaik mit den Möglichkeiten auseinandersetzen, die im Betreiben von PV-Freiflächenanlagen liegen. Schwerpunkte sollten dabei nicht ausschließlich in den kostengünstigen Varianten liegen, sondern in der sozialinnovativen Ausrichtung.

BURGHARD FLIEGER, REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Photovoltaik-Freiflächenanlagen – Solarparks – sind PV-Anlagen, die nicht auf einem Gebäude oder einer Fassade installiert sind. Damit verbundene Konstruktionen unterliegen einem kontinuierlichen Wandel. Anfangs wurden darunter fest montierte Systeme verstanden, die mit Hilfe einer Unterkonstruktion die Photovoltaikmodule in einem optimalen Winkel zur Sonne ausrichten. In den letzten Jahren wächst die Zahl möglicher Varianten. Agri-Photovoltaik als Kombination mit landwirtschaftlicher Erzeugung, vertikal aufgestellte Anlagen, unter anderem auch eingesetzt als Lärmschutz oder Autobahn- und Landstraßenüberdachungen, sowie schwimmende Freiflächenanlagen sind Beispiele hierfür.

Einige dieser Ansätze weisen Besonderheiten auf, durch die sie nicht nur technisch-ökologisch innovativ sind. Sie können als sozialinnovativ charakterisiert werden, weil auch soziale Bedürfnisse und Werte sowie die Einbettung und Interaktionen mit verschiedenen lokalen Akteursgruppen im Umfeld der PV-Anlage ausgeprägt Berücksichtigung finden. Entsprechende Beispiele stehen bei diesem Schwerpunkt im Fokus.

Seit der Novelle des EEG 2014 wird die Förderhöhe für Freiflächen-Photovoltaikanlagen über Ausschreibungen durch die Bundesnetzagentur ermittelt. Sie ersetzen die bis dahin praktizierten gesetzlich festgelegten Einspeisevergütungen. Solche Ausschreibungen werden kritisiert, weil Ziele wie Kosteneffizienz, kontinuierlicher Ausbau und Akteursvielfalt damit konterkariert werden. Der Bundesverband Erneuerbare Energien moniert, dass Bürgergenossenschaften und -anlagen im Markt zurückgedrängt werden. Durch weniger Fachpersonal und fehlendes



Copyright: Mester/Solarenergie-Förderverein Deutschland (SFV)

Risikokapital können sie bei den erforderlichen Vorleistungen nicht mit den großen kapitalstarken Projektentwicklungsgesellschaften mithalten.

Bedarfs- statt Kostenoptimierung

Die gegenwärtigen Entwicklungen bestätigen bisher diese Einschätzungen. Aufgrund der stark gesunkenen Preise für Solarmodule liegen für große, teilweise überdimensionierte Solarparks die Stromgestehungskosten, also die Kosten, die für die Umwandlung von Sonnenlicht in elektrischen Strom anfallen so niedrig, dass eine EEG-Vergütung nicht benötigt wird. Laut dem Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme

ISE in Freiburg sanken die Preise für PV-Module in der Zeit von 2010 und 2020 um 90 Prozent. Neue Megawatt-Kraftwerke produzieren PV-Strom zu Kosten von 3 bis 5,5 Cent/kWh. Bei kleinen Dachanlagen liegt die Spanne im Bereich von 6 bis 11,5 Cent/kWh. Die Folgen: Immer mehr überdimensionierte Freiflächen-Anlagen forcieren die Energiewende – aber nicht die dezentrale, sondern eine von großen Projektierern, Fonds und Großkonzernen dominierte. Um dennoch im Photovoltaiksektor an den Entwicklungen teilzuhaben und damit ihre langfristige Bestandsfähigkeit zu sichern, sollten Energiegenossenschaften sich bei ihren Aktivitäten besonders auf vier Aspekte konzentrieren:

- Entwicklung von Know-how für sozialinnovative Konzepte, die für Kommunen, Umwelt und Bürger ausgeprägten Zusatznutzen ermöglichen;
- Stärkung ihrer Einmaligkeit durch Partizipation, Beteiligung der Bürger vor Ort und Erhöhen der kommunalen Wertschöpfungspotentiale;
- Zusammenarbeit mit Projektentwicklungsgesellschaften mit ähnlicher Werte- und Unternehmenskultur;
- Aufbau von Sekundär-genossenschaften und Zusammenarbeit mit anderen Energiegenossenschaften, die ihnen Synergien durch Kooperation ermöglichen.

GESCHÄFTSFELD PV-FREIFLÄCHEN

Passende Partner erforderlich

Für die Vermeidung von weiterem Ausstoß an Treibhausgasen braucht es zeitnah viele, große, dezentrale Kraftwerke aus regenerativen Quellen. Dazu gehören auch PV-Freiflächenanlagen. Im Vergleich zu Windparks können sie leichter von Energiegenossenschaften umgesetzt werden – erst recht mit den richtigen Partnern.

TORSTEN SCHWARZ, ELZACH

Die Energieprojekte in Form von PV-Freiflächenanlagen benötigen meist weniger Kapital als Windparks. Die Finanzierung einer Freiflächenanlage liegt in der »Kragenweite« der meisten Energiegenossenschaften. Wenn sie eins können, dann ist es die Mobilisierung von Eigenkapital für Projekte in der Region. Der Schlüssel zum Erfolg bei Solarparks ist die Sicherung von Nutzungsrechten. Warum sollte eine vor Ort oder in der Region verankerte Genossenschaft nicht einen besseren Zugang zu den Flächeneigentümern haben als überregionale Projektierer? Sie kennt meist die Eigentümer persönlich und kann deren Bereitschaft und Gründe für die Auswahl eines Projektierers direkt erfragen. Auch können Energiegenossenschaften marktübliche Pachten zahlen. Die Weichenstellung für die Umsetzung neuer Projekte erfolgt durch die Kommunen. Sie sind für die Bauleitplanung zuständig. Hier erweist sich der Kontakt vieler Energiegenossenschaften zu Gemeinderäten und dem lokalen Bauamt meist als viel intensiver als zur Kreisverwaltung. Gemeinderäte sind nach der Gemeindeordnung bei ihren Entscheidungen an die Ausrichtung auf das Gemeinwohl angehalten. Was liegt da näher als eine möglichst hohe regionale Wertschöpfung? Wer stellt diese sicher? Kaum jemand

kann das besser als eine lokale oder regional ansässige Energiegenossenschaft. Viele weitere Gründe sprechen für PV-Freiflächenanlagen als zukunftssträchtige Geschäftsfelder für Energiegenossenschaften:

- Solarparks lassen sich mit einer Projektierungszeit von ein bis zwei Jahren deutlich schneller realisieren als Windparks. Hier können schnell große Wirkungen erzielt werden.
 - Die Projektrisiken sind erheblich geringer als bei Windparks. Spätestens nach einem halben Jahr wird erkennbar, ob es noch unüberwindbare Hindernisse gibt. Damit sinkt das Risiko von Verlusten durch hohe Projektvorlaufkosten.
 - Der Ertrag über Jahre und Monate schwankt vergleichsweise wenig. Die Projekte weisen eine hohe Genauigkeit bei der Ertragsvorschau auf.
 - Es gibt deutlich mehr Eignungsflächen als bei Wind oder Wasser. Das Marktpotenzial ist damit deutlich größer und die Konkurrenz um Flächen geringer.
 - Die Emotionalität in der Diskussion liegt erheblich niedriger als bei Windparks. Auch die Pachten erreichen nicht die hohen Beträge wie bei Windenergieanlagen: Gier, Neid und Missgunst sind deshalb weniger ausgeprägt und die Akzeptanz der Menschen vor Ort größer.
 - Die Ausbauplanung der Bundesregierung sieht aktuell eine kontinuierliche Steigerung des jährlichen Ausbaus um den Faktor 8 zum Jahr 2021 vor. Von daher ist ein enormes Wachstum in diesem Segment zu erwarten.
- Das Geschäftsfeld der Freiflächenanlagen birgt weniger Risiken und Eintrittshürden als die Windenergie, ist aber nicht gänzlich frei davon. Es braucht eine personelle und finanzielle

Leistungsfähigkeit, eine hohe Fachkunde im Vertrieb, der Bauleitplanung, der technischen Objektplanung, der Stromvermarktung, Referenzen und zufriedene Kundenstimmen, die Fähigkeit zum Tragen von Anlaufverlusten oder auch dem Scheitern von Projekten. Das kann sich eine Genossenschaft mit Mühe und Geduld selbst aufbauen, braucht dafür aber Jahre. Wer nicht so lange auf die ersten Erfolge warten möchte, macht sich auf die Suche nach einem Partner, der die eigenen Defizite kompensieren kann.

Kompetenzen lokaler Genossenschaften

Flächensicherung und Öffentlichkeitsarbeit sind nach bisherigen Erfahrungen strategisch von hoher Bedeutung, so dass diese Kompetenzen unbedingt innerhalb der Genossenschaft aufgebaut werden sollten. Viele weitere Aufgaben können Energiegenossenschaften aber oftmals besser über Partnerschaften abdecken, insbesondere wenn es um das Vermeiden von Risiken geht. Dann ergeben sich für in ländlichen Gebieten angesiedelte Energiegenossenschaft große Chancen für den Einstieg in das attraktive Geschäftsfeld der Photovoltaik-Freiflächenanlagen. Zum Thema Partner sollten sich Energiegenossenschaften mit einer Reihe von Fragen auseinandersetzen:

- Was müssen wir tun, um uns den Zugang zum Markt zu schaffen?
- Was können wir nicht, ist aber erfolgskritisch? Was wollen wir nicht, ist aber zwingend erforderlich? Welche Risiken wollen wir nicht tragen? Kann ein Partner das kompensieren?
- Was wollen wir in zwei oder drei Jahren dazu lernen? Unterstützt uns der Partner dabei?

- Welchen Nutzen können wir bieten, der für Partner interessant ist?
 - Was können wir besser als jeder andere Marktteilnehmer?
 - Wie wollen wir wahrgenommen werden? Wollen wir als Initiator und Macher dastehen oder reicht uns die Rolle als Investor?
 - Wollen wir mitentscheiden, wenn es um die Qualität und Herkunft der Materialien geht, um das technische Konzept wie eine Süd- oder Ost-West-Ausrichtung der Module, um die Art der Stromvermarktung und die Höhe der Stromerlöse, um einen Batteriespeicher, um den Umfang der Steigerung der Biodiversität, etc.?
 - Wollen wir Transparenz bei den Anschaffungs- und Herstellkosten oder sind wir mit einem »marktüblichen« Kaufpreis zufrieden?
 - Wollen wir Augenhöhe und Fairness oder reicht uns eine Rolle als Junior-Partner? Welche Unternehmenskultur pflegt der Partner und ist diese kompatibel mit der Kultur der Energiegenossenschaft?
 - Trägt der Partner unsere Vorstellungen von Teilhabe, lokaler Wertschöpfung und Steigerung der Biodiversität?
 - Will der Partner auf Dauer auch Gesellschafter oder auch Betriebsführer sein oder nicht?
 - Ist er offen für eine Partnerschaft mit den Standortkommunen?
- Aus diesen Fragen lässt sich für Genossenschaften eine Bewertungsmatrix erstellen, um einen für sie passenden Partner zu finden. Mit diesem steht dann einer guten Entwicklung der Energiegenossenschaft nur noch wenig entgegen.

Weitere Informationen: www.wir-solar.de
Kontakt: torsten.schwarz@wir-solar.de



BÜRGERWERKE EG, HEIDELBERG

Ertragsverbesserung durch Zusammenarbeit

Der Ausbau großer Solar- und Windprojekte in Bürgerhand nimmt Fahrt auf. Der Zusammenschluss vieler lokaler Bürgerenergie-Genossenschaften unter dem bundesweiten Dach der Bürgerwerke eG mit Sitz in Heidelberg ermöglicht die selbstbestimmte Vermarktung des Stroms – auch an die eigenen Mitglieder.

NICO STORZ, HEIDELBERG

Barbara Rodi ist stolz: Gemeinsam mit ihren Mitstreiter*innen der Friedensfördernden Energie-Genossenschaft Herford (FEGH) eG hat sie zwölf gemeinschaftliche Photovoltaik-Anlagen auf den Weg gebracht. Der Strom aus zweien dieser Projekte wird bereits regional vermarktet. Nun plant sie ihren nächsten Coup: Eine 2,4 MW große PV-Anlage auf einer ehemaligen Deponie soll Strom für mehr als 700 Haushalte produzieren. »Wir müssen die Energiewende massiv beschleunigen«, so Rodi vom Vorstand der FEGH. Aus diesem Grund schloss sich die Herforder Genossenschaft den Bürgerwerken an – einer Dachgenossenschaft, die sich bundesweit um den Vertrieb des Bürgerstroms kümmert.

Alternative zur Einspeisevergütung

»Das Stichwort für den Vertrieb des Stroms aus großen Bürgerenergie-Anlagen lautet Direktvermarktung«, erläutert Viktoria Hock. Sie ist Leiterin des Energiewirtschaft-Teams der Bürgerwerke eG. Mit ihren Kolleg*innen kümmert sie sich um den Stromeinkauf und -handel und sorgt dafür, dass die Energiegenossenschaften den erzeugten Strom an ihre Mitglieder liefern können. Alle Erneuerbaren-Energien-Anlagen ab einer Größe von 100 kWp – das entspricht bei Photovoltaik einem kleineren, mittelständischen Gewerbedach – erhalten keine feste Einspeisevergütung mehr, wenn sie nach dem 1. Januar 2016 in Betrieb gegangen sind. Für Bürgerenergieprojekte war diese Einspeisevergütung eine wichtige Kalkulationsgröße bei der Planung ihrer Projekte. Ihr Wegfall sorgte für Verunsicherung.

Doch Viktoria Hock beruhigt: »Bürgerenergie-Genossenschaften sollten keine Angst der Direktvermarktung haben« – aber welche Art der



▲ Vorstandin Barbara Rodi von der Friedensfördernden Energiegenossenschaft Herford eG vor ihrer Bürgersolaranlage.

Foto: FEGH eG

Direktvermarktung ist die richtige? Vor jedem Projekt, dessen Strom direkt vermarktet wird, steht eine grundsätzliche Prüfung: Wird die Direktvermarktung der Anlage vom Erneuerbaren Energien Gesetz (EEG) gefördert? Ist dies der Fall, hat die Anlage Anspruch auf die Marktprämie. Sie wirkt wie ein Sicherungsnetz für den Ertrag: Kann der Strom auf dem Markt gewinnbringend verkauft werden, sind sogar höhere Erträge möglich, als dies mit der Einspeisevergütung der Fall war. Sind die Preise auf dem Markt jedoch niedrig, gleicht die gesetzliche Marktprämie den Verlust aus. Für die Anlage wird also in jedem Fall eine garantierte Mindestvergütung erzielt.

Regionalnachweise für Direktvermarktung

Für Anlagen unter 750 kWp (bald voraussichtlich bis 1 MWp) wird diese Mindestvergütung regelmäßig von der Bundesnetzagentur festgelegt, bei größeren Anlagen über eine Ausschreibung ermittelt. Da Strom, der bereits über das EEG gefördert wird, nicht mehr als »Ökostrom« auf dem Markt verkauft werden darf, muss die lokale Energiegenossenschaft noch sogenannte Regionalnachweise erwerben. Hiermit kann

sie belegen, dass der gelieferte Strom aus den regionalen Anlagen der Genossenschaft kommt. »Für die Abwicklung dieser EEG-geförderten Direktvermarktung kooperieren wir mit bundesweiten Direktvermarktern«, erläutert Viktoria Hock. Die lokalen Bürgerwerke-Genossenschaften schließen einen Vermarktungsvertrag mit dem Direktvermarkter, die Bürgerwerke wiederum klären mit diesem die Abwicklung der Regionalnachweise und kümmern sich um die Lieferung des Bürgerstroms an die Endkund*innen. »Unsere Genossenschaft steigert mit der Belieferung der Menschen in der Umgebung die regionale Wertschöpfung«, erläutert Barbara Rodi, »und sie ermöglicht den Bürger*innen, die sich an unserer Anlage beteiligen, den erzeugten Ökostrom zu Hause auch zu nutzen.«

Anders gestaltet sich der Prozess bei Erneuerbaren-Energien-Projekten, die keinen Anspruch auf geförderte EEG-Vergütung haben. »Dies ist bei Anlagen der Fall, die zum Beispiel nach 20 Jahren Betriebszeit keine garantierte Einspeisevergütung mehr erhalten oder außerhalb der geförderten Flächen gebaut werden«, sagt Viktoria Hock. »Bei der aktuellen Marktlage kann dies trotzdem sehr interessant sein.« Aufgrund der aktuell hohen Prei-

se am Strommarkt werden zunehmend Erneuerbare-Energien-Anlagen außerhalb der Förderung gebaut. Der Fachbegriff dafür lautet Power-Purchase-Agreement, kurz PPA. Meist werden die Verträge über ein bis drei Jahre geschlossen und anschließend je nach Marktlage neu verhandelt.

Möglichkeiten außerhalb des EEG

Auch Barbara Rodi will den Strom aus der neuen 2,4 MW-Anlage außerhalb des EEG vermarkten, denn die Marktsituation ist gut und das Land Nordrhein-Westfalen fördert alternative Vermarktungswege. Als ganz ohne Risiko erweist sich die Direktvermarktung jedoch nicht. »Wir gehen davon aus, dass sich der Markt in den nächsten Jahren weiter konsolidieren wird, deshalb sind wir permanent mit verschiedenen Direktvermarktern im Gespräch«, erläutert Viktoria Hock. »Im Verbund haben wir die besten Voraussetzungen, dass auch kleine Energiegenossenschaften den Marktentwicklungen weiterhin so gut begegnen können«, ist sich die Expertin sicher.

Link: buergerverwerke.de

ENERGENO HEILBRONN-FRANKEN EG

Gemeinsam noch stärker: Kooperation bei Solarpark

Drei Energiegenossenschaften aus Baden-Württemberg haben sich zusammengesetzt, um ein großes Solarprojekt zu realisieren. Sie betreiben seit 2015 in Kirchartt einen Bürgersolarpark mit einer Leistung von 2,9 Megawatt gemeinsam.

SEBASTIAN STAUDENMAYER, HEILBRONN

Dass Bürgerenergiegenossenschaften (BEG) Freiflächenanlagen umsetzen, kommt häufig vor und ist wichtig für die Akzeptanz und den Erfolg der Energiewende. Dass sich mehrere von ihnen

zusammentun, um ein Freiflächen-PV-Projekt umzusetzen wie in Kirchartt in Baden-Württemberg, geschieht dagegen eher selten. Initiiert wurde die Anlage von der EnerGeno Heilbronn-Franken eG (EnerGeno), die sowohl die Baugenehmigung als auch die Projektumsetzung organisierte. Unterstützt wurde sie von der Gemeinde Kirchartt, deren Gemeinderat sich 2014 einstimmig dafür aussprach, die Fläche an die EnerGeno zu verpachten. Für die Realisierung und Finanzierung der Anlage konnten anschließend weitere Partner aus dem energiegenossenschaftlichen Umfeld gefunden werden.

Positive Erfahrungen

Die BEG Kraichgau und die Bürgerenergie Neckar-Odenwald beteiligten sich mit jeweils 20 Prozent. Die EnerGeno hält die verbleibenden 60 Prozent. Als Rechtsform für die gemeinsame Projektgesellschaft wurde die GbR gewählt, in der sich die beteiligten BEGs gemäß ihrem eingebrachten Kapital als Gesellschafter wiederfinden. »Wir sind auch sieben Jahre nach der damaligen Entscheidung zur Kooperation davon überzeugt, dass es richtig und wichtig war, hier mit den benachbarten BEGs zu kooperieren. Wir haben nicht nur wirtschaftlich ein für alle beteiligten BEGs gutes Projekt geschaffen, sondern darüber hinaus die regionale Vernetzung der BEGs deutlich verstärkt,« betont Georg Dukiewicz, Vorstand und Geschäftsführer der EnerGeno.

Der 2015 in Betrieb gegangene Solarpark mit einer Leistung von 2,9 Megawatt befindet sich auf einer alten Erddeponie und einem angrenzenden Lärmschutzwand an der Autobahn A6. Auf einer Länge von rund zwei Kilometern wurden über 11.000 Module verbaut. Die Solaranlage

kann mit einem Jahresertrag von rund drei Gigawattstunden über 950 Haushalte mit erneuerbarem Strom versorgen. Sie spart dadurch 1.200 Tonnen Kohlenstoffdioxid pro Jahr ein.

Synergien durch Zusammenarbeit

Die EnerGeno befindet sich als einzige der drei BEGs bereits seit mehreren Jahren nicht mehr in der Ehrenamtlichkeit und beschäftigt mittlerweile fast zehn Mitarbeiter*innen. Sie konnte bis jetzt über 70 Projekte mit einer Gesamtleistung von über 30 MWp umsetzen und verfügt über eine weitgefächerte Expertise im Bereich Solarprojekte. Dieses Know-how im Bereich Projektentwicklung und -umsetzung sowie auch im Betrieb und der Überwachung der Anlage brachte die EnerGeno in die Projektgesellschaft ein. Durch die Öffnung der Beteiligung für die anderen BEGs wurde die Finanzierung schneller realisiert. Gleichzeitig bekamen im Sinne eines solidarischen Wirtschaftens die »kleineren« BEGs so die Möglichkeit, sich in ein großes Solarprojekt einzubringen.

Die Projektentwicklung und der Betrieb (Fernüberwachung, technische Betriebsführung, Service und Pflege) des Solarparks werden durch die eigene Servicegesellschaft der EnerGeno organisiert und der Projektgesellschaft als Dienstleistung in Rechnung gestellt. »Natürlich gab es auch mal Diskussionen über einzelne Entscheidungen in den letzten Jahren, aber unterm Strich funktioniert die Arbeit in der gemeinsamen Projektgesellschaft respektvoll, solidarisch und gut«, erläutert Dukiewicz auf die Frage nach möglichen Konflikten. Bei neueren Kooperationsprojekten wählt die EnerGeno vereinzelt die Unternehmensform der GmbH, da

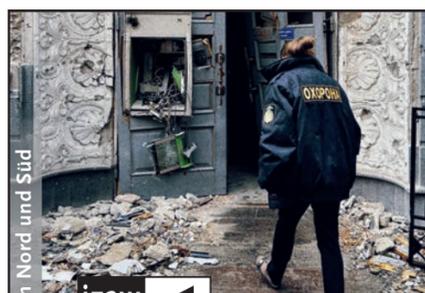
dies manchmal eine Forderung der mitfinanzierenden Bank ist. Auf diese Rechtsform wird in der Praxis oft zurückgegriffen, wenn sich BEGs mit Kommunen, Stadtwerke oder den Flächeneigentümer zu Projektgesellschaften zusammenschließen. Beide Unternehmensformen haben Vorteile, die vom jeweiligen Projekt abhängen.

Appell für mehr Kooperation

Das Beispiel Kirchartt veranschaulicht, wie sich ein solches Projekt auch mit mehreren Partnern erfolgreich umsetzen lässt. Daher sollten erheblich mehr BEGs, bei denen Kooperation und solidarische Wirtschaften ja Teil der eigenen DNA ist, sich wechselseitig bei größeren Projekten unterstützen. »Bei der momentanen Goldgräberstimmung der großen Projektentwickler in Deutschland, wird es immer wichtiger, dass BEGs sich vernetzen und gemeinsam Projekte umsetzen. Ansonsten wird die Bürgerenergie beim Thema Freiflächen am Ende in die Röhre schauen. Wir haben fast 1.000 BEGs in Deutschland, die die Gegebenheiten vor Ort bestens kennen. Gleichzeitig gibt es zahlreiche BEGs wie zum Beispiel die EnerGeno, die über das Know-how und die Möglichkeit verfügen, größere Projekte zu stemmen. Wenn wir das zusammenbekommen und uns bei der Akquise und Projektentwicklung vernetzen, steigen die Möglichkeiten, in den nächsten Jahren viel mehr Bürger-Solar-Parks umzusetzen«, appelliert Dukiewicz für ein stärkeres gemeinsames Vorgehen der BEGs bei der Entwicklung PV-Freiflächenanlagen.

Link: www.eghf.de

ANZEIGE



iz3w ► Zeitschrift zwischen Nord und Süd

iz3w ◀

Russland heute – Krieg gegen die Ukraine

Außerdem: Corona in China |
Regierungswechsel in Pakistan |
Afropäische Begegnungen

52 Seiten, € 6,-

www.iz3w.org



ENERGIEGENOSSENSCHAFT INN-SALZACH EG

Lärmschutzwände mit Solarelementen

Im oberbayerischen Neuötting wird seit einigen Jahren Sonnenstrom am Straßenrand erzeugt. Eine Schule, die Bürger*innen und die Umwelt profitieren von der Kombination aus Lärmschutz und Photovoltaik. Mit dieser Idee setzt die Stadt Neuötting gleich zwei Ziele um: Eine innovative Lärmschutzwand neben einer viel befahrenen Straße hält seit 2016 den Verkehrslärm von einem Neubaugebiet und einer Schule fern. Gleichzeitig erzeugt sie auch Sonnenstrom - dank eingebauter Photovoltaik-Module.

PASCAL LANG, NEUÖTTING

Rund 60.000 Kilowattstunden Strom produzieren die Module in Neuötting jährlich. Damit trägt die Stadt zur Energiewende bei und spart Fläche beim Ausbau erneuerbarer Energien. Von der grünen Energie profitiert die benachbarte Montessori-Schule. Allein im vergangenen Jahr verbrauchte sie 54 Prozent der erzeugten Strommenge, der Rest wird in das örtliche Netz eingespeist und vergütet. Durch einen langfristigen Vertrag sowie eine Preisbindung zwischen der EnergieGenossenschaft Inn-Salzach eG (EGIS eG), die die Anlage betreibt, und der Montessori-Schule besteht auf beiden Seiten Planungssicherheit: für die Schule über die Höhe der Stromkosten und für die Genossenschaft über die Höhe der Einnahmen.

Damit auch die Schüler der Montessori-Schule erfahren, wo ihr Strom herkommt, zeigt ein Display in der Schule an, wie viel Strom aktuell über die Photovoltaikanlage bezogen wird. Das Thema Energie aus erneuerbaren Quellen wird zudem im Unterricht behandelt, etwa im Pflichtfach »Ökologie und Klimaschutz« in der zehnten Klasse.

Das Projekt lohnt sich auch für die Menschen in Neuötting. Viele Bürger*innen halten Anteile an unserer Genossenschaft. Sie erhalten eine attraktive Dividende aus dem Stromverbrauch, dadurch ist die Akzeptanz in der Bevölkerung sehr hoch. Konservativen Schätzungen zufolge wird die Anlage in 20 Jahren Laufzeit rund 63.000 Euro Gewinne erwirtschaften. Das entspricht einer Dividende für die Anteilseigner von fünf bis sechs Prozent auf das eingesetzte Kapital. Die Gesamtkosten für die Lärmschutzwand lagen bei 450.000 Euro, die EGIS eG investierte zusätzlich 76.000 Euro in die Photovoltaikanlage.

Dadurch reduzierten sich die Gesamtkosten der Lärmschutzwand für die Stadt Neuötting. Dieser Betrag wurde neben den Genossenschaftsanteilen über frei verfügbare Mittel finanziert. Nach zweieinhalb Jahren Entwicklungszeit konnten 2016 die ersten Bagger starten. Für die rund 230 Meter lange und fünf Meter hohe Schallschutzwand wurden zunächst das Funda-



▲ Neuartige Lärmschutzwand mit Photovoltaik-Modulen und transparenten Elementen der EGIS eG in Neuötting

Foto: EGIS eG

ment und der Betonsockel gegossen, auf denen die vorgefertigten Schallschutzelemente verbaut sind. Darüber befinden sich Acrylglas-elemente, die für Durchsicht sorgen. Oberhalb dieser Elemente wurden 500 Quadratmeter Photovoltaik mit einer Neigung von fünf Grad installiert. Dieser Winkel soll ermöglichen, die einfallende Sonnenstrahlung optimaler zu nutzen, obwohl die Wand fast senkrecht montiert ist.

Partner für die Stadt

In der Genossenschaft haben sich Bürger*innen, Städte, Kommunen und Unternehmen in und um die oberbayerische Region Inn-Salzach zusammengeschlossen. Sie ist mit ihrer Expertise ein passender Partner für die Stadt Neuötting: Deutschlandweit hat die EGIS eG zahlreiche Projekte für erneuerbare Energien umgesetzt, darunter viele Photovoltaikanlagen. Ziel war es, in Neuötting eine Lärmschutzwand zu bauen, die sowohl optisch ansprechend als auch zweckmäßig und nachhaltig ist. So wurden im Vorfeld Lärmschutzwände aus Holz, Beton, befüllbare und begrünte Trägerprofilkörbe und vieles mehr geprüft und besichtigt – diese Ideen aber letztlich wieder verworfen: Die Varianten waren nicht nachhaltig genug oder entsprachen gestalterisch nicht den Vorstellungen.

Gemeinsam mit einer Fachfirma aus dem Schwarzwald entwickelte die EGIS eG schließlich eine neuartige Lärmschutzwand mit Photovoltaik-Modulen und transparenten Elementen. Statt herkömmlicher Lärmschutzwände aus Beton, auf denen nachträglich Module angebracht werden, entstand ein Fertigbausystem, das besonders schnell vor Ort installiert werden kann. Sobald die Lärmschutzwand stand, konnten die Photovoltaik-Module innerhalb weniger Tage montiert werden.

Bis dahin gab es in dieser Größenordnung noch kein so innovatives Sandwich-System. Da es modular aufgebaut ist, lassen sich bei Bedarf – etwa im Fall einer Beschädigung – einzelne Elemente austauschen. Das trägt zur Nachhaltigkeit bei und hilft Wartungskosten geringhalten. Den oberen Abschluss bildet ein Kabelkanal, in dem alle Leitungen der Photovoltaikanlage verlaufen, damit sie vor Beschädigungen oder Unfällen geschützt sind. Die stromerzeugende Lärmschutzwand hat seit ihrem Bau bei Fachleuten und Kommunen viel Aufmerksamkeit erregt, Interessierte aus dem Bundesgebiet und aus Österreich informieren sich immer wieder vor Ort.

Link: www.egis-energie.de
Kontakt: info@egis-energie.de

Verständliche Einführung für Laien

Fossile Energieträger wie Kohle und Öl sind »out«: Ihre Nutzung verschärft den Klimawandel. Nur, was sind gute Alternativen? Und reichen andere Energiequellen aus, unseren Energiehunger in Zukunft zu stillen? Sind sie so verlässlich wie die alten Energielieferanten? In einem durchgängig farbig illustrierten Buch erläutern die Autoren gemeinsam mit Studierenden, kurz und anschaulich, was Erneuerbare Energien aus Sonne, Wasser oder Erdwärme energietechnisch schaffen und wie sie sich miteinander vergleichen lassen.

Mit der Vergleichsgröße Fahrradfahrer wird das Größenverhältnis zu Anstrengung und Ertrag der Energieerzeugung veranschaulicht. Allerdings fehlt dabei eine detailliertere Erläuterung, welche Anstrengung der Radfahrer aufbringen muss. Als Freizeitradfahrer ohne Radcomputer wissen die meisten sicherlich nicht, wie viel 100 Watt tatsächlich sind. Der Radfahrervergleich sollte eher als Gimmick, gesehen werden. Das Buch kann für Jugendliche, die sich für Erneuerbare Energien interessieren, oder Laien als gelungener Einstieg in die Thematik empfohlen werden. Sie erhalten einen ersten, verständlich geschriebenen Überblick. Mehr sollte von der Veröffentlichung nicht erwartet werden. (Burghard Flieger)

Holler, Christian; Joachim Gaukel; Harald Lesch; Florian Lesch (2021): Erneuerbare Energien zum Verstehen und Mitreden, München, C. Bertelsmann Verlag, 176 Seiten, 18 Euro

ARBEITSHILFEN BSW

Anleitungen und Leifäden für Freiflächenanlagen

Der Bundesverband Solarwirtschaft e.V. (BSW) ist eine Interessengemeinschaft von rund 800 Unternehmen der Solarbranche mit Sitz in Berlin. Er unterstützt Akteure im Bereich Solar bei Rechtsfragen, informiert über Förderprogramme und engagiert sich für passende politische Rahmenbedingungen. Auf diese Weise will er zur Etablierung der Solarenergie beitragen. Für kleine neue, auch genossenschaftliche Akteure im PV-Freiflächensegment stellen die nachfolgend skizzierten Unterstützungsmaterialien unentbehrliche Hilfen dar.

BURGHARD FLIEGER, REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Die Möglichkeit zur kommunalen Beteiligung an den Erträgen von großen EEG-Anlagen wurde Ende Juni 2021 vom Bundestag auf Photovoltaik (PV)-Freiflächenanlagen ausgeweitet. Energiegenossenschaften können nun – wie auch andere Unternehmen – Kommunen ohne Gegenleistung mit 0,2 Cent pro eingespeiste Kilowattstunde an den Einnahmen aus klimafreundlichem Solarstrom beteiligen. Damit soll die Akzeptanz für große PV-Projekte verbessert werden. Die Umsetzung ist nicht trivial. Die zukünftigen Anlagenbetreiber müssen zahlreiche juristische

Aspekte beachten. Verschiedene rechtliche »Fettnäpfchen« gilt es unbedingt zu vermeiden. Beispielsweise darf die Vereinbarung erst nach Aufstellung des Bebauungsplans mit der Kommune geschlossen werden. Der Verdacht der Vorteilsnahme soll so vermieden werden. Aus dem gleichen Grund muss die Beteiligung frei von Gegenleistungen sein.

Um die anspruchsvolle vertragliche Ausgestaltung zwischen Energiegenossenschaft (Projektierer) und Kommune zu unterstützen, hat der BSW von einer Berliner Anwaltskanzlei einen Mustervertrag und ein dazugehöriges Hinweispapier erstellen lassen. Das Arbeitspaket umfasst zudem eine Absichtserklärung, mit der sich Solarpark-Betreiber bereits frühzeitig bereit erklären können, die gesetzlichen Möglichkeiten nach § 6 EEG anzuwenden. Eine hervorragende Unterstützungsleistung, gerade für Unternehmen, die im Bereich der Entwicklung von Freiflächenanlagen noch nicht viel Erfahrung aufweisen. Das Paket »Kommunale Beteiligung« kann im BSW-Shop bezahlungspflichtig auf der Internetseite des BSW Solar erworben werden.

Mit dem EEG 2021 erfuhr die EEG-Förderung von ausschreibungspflichtigen PV-Anlagen

eine Neuerung. Eingeführt wurde ein eigenes Ausschreibungssegment für PV-Dachanlagen. Die EEG-Vergütungssätze sind für neu zu errichtende ausschreibungspflichtige PV-Anlagen in zwei Segmente unterteilt: Das erste Segment erfasst alle Freiflächenanlagen und Solaranlagen, die weder Gebäude noch Lärmschutzwände sind (§ 3 Nr. 4a EEG). Hierfür bietet der BSW, Stand Anfang 2022, einen Leitfaden an. Dieser umfasst eine Anwendungshilfe für das Verfahren, die Ermittlung der Förderhöhe und die Flächenkulisse, flankiert mit vielen Praxistipps. Hinweise zur Umsetzung und Anwendung der EU-Richtlinie REMIT sind ebenfalls enthalten. Solarunternehmen steht damit eine professionelle Vorbereitungsgrundlage für die Teilnahme an Ausschreibungsrunden und zur Abgabe eines gültigen Gebots zur Verfügung. Der Leitfaden kann kostenpflichtig bestellt werden.

Ergänzend gibt es auf den Seiten des BSW Musterverträge über die Pacht von PV-Freiflächen. Sie runden das Dienstleistungsangebot des Verbands in diesem Themenfeld ab.

Link: www.bsw-solar-shop.de

ANZEIGE

DIE MACHEN DRUCK!

Die älteste und aufässigste Energiewende-Organisation. Das sind die, mit denen alles angefangen hat.

Sven Giegold, Staatssekretär

Damit die Energiewende auch politisch schneller vorangeht, engagieren wir uns seit mehr als 35 Jahren. Unser Ziel: 100% Erneuerbare bis 2030, dezentral und bürgernah! Wir sind Initiator des EEG und haben als erste eine Klimaklage vor dem BVerfG eingereicht.

Gestalten Sie mit: werden Sie Mitglied!
www.sfv.de

SOLARENERGIE FÖRDERVEREIN DEUTSCHLAND e.V. | SFV

Jetzt Probeexemplar bestellen! zentrale@sfv.de



SOLVERDE BÜRGERKRAFTWERKE ENERGIEGENOSSENSCHAFT EG, BERLIN

Das bewegte Leben des Solarparks Lüptitz



▲ Die alte und die neue repowerte Anlage in Lüptitz mit Weißkleeanbau



Foto: Solverde Bürgerkraftwerke Energiegenossenschaft eG

Endlich keimt der Weißklee. Wochen hat das gedauert, wegen der anhaltenden Trockenheit in den Monaten April und Mai. Auf der ehemaligen Gewerbegebietsfläche in Lüptitz, Sachsen, breitet sich zwischen weit auseinander stehenden Solarmodulreihen ein grüner Saum aus: der keimende Weißklee. Wie kam es zu dieser heute noch seltenen Mischung aus Solarstromerzeugung und breiten Weißkleeestreifen? Der Solarpark erfuh eine spannende Entwicklung vom ungenutzten Gewerbegebiet über eine weitestgehende Solarbrache zum modernen Agrar-PV-Standort.

NICOLAI ZWOSTA, BERLIN

Ein Blick zurück ins Jahr 2010: Die Solarbranche brummt. Nirgends werden so viele Solarparks gebaut wie in Deutschland – so viele, dass Wechselrichter knapp und teuer werden. Gleichzeitig beginnt die harte Verdrängung der meist ostdeutschen Solarmodulhersteller durch chinesische. Was nicht brummt, sind ostdeutsche Gewerbegebiete. Riesige Flächen wurden ausgewiesen, auf denen sich einfach kein Gewerbe ansiedeln mochte. Die Kommunen hatten sehr auf Gewerbesteuererinnahmen gehofft und sind enttäuscht. Was liegt also näher, als ohnehin ungenutzte Gewerbegebietsflächen für große Solarparks freizugeben, in der Hoffnung, dass wenigstens ein bisschen die Gewerbesteuer fließt?

Auf einer solchen ungenutzten Gewerbefläche in Lüptitz entstand im Jahr 2010 der erste

Bürgersolarpark der Solverde Bürgerkraftwerke Energiegenossenschaft eG: Leistung 720 kWp auf einer Fläche von knapp drei Hektar; rostbraune, knapp sechs qm große ASI-Dünnschichtmodule auf zu Gestellen gebogenen Betonstahlmatten – hässlich, kostengünstig und in Bezug auf die Fläche ineffizient. Heute ließe sich bei maximal dichter Bebauung die vierfache Leistung erzielen. Die Genossenschaft war dennoch sehr stolz auf ihren ersten Freiflächen-Solarpark. Die Anlage deckte mit ihren rund 720 kW den Strombedarf von 200 bis 250 Haushalten und vermied einen CO₂-Ausstoß von 400.000 bis 500.000 Kilogramm pro Jahr. In dieser Größenordnung begann Solarstrom, mengenmäßig relevant zu werden.

Erste Solverde Freiflächenanlage

Im Rahmen einer Anlagenerweiterung wurde der Solarpark Lüptitz im Jahr 2014 mit weiteren 324 kWp ASI-Dünnschichtmodulen verdichtet. Durch die zusätzliche Flächenverschattung sollte eine Verringerung des Pflanzenbewuchses erreicht werden, der den ohnehin schon eigenwilligen Solarpark über den Sommer in ein wucherndes Biotop verwandelte. Mehr als einmal standen die Mitarbeiter*innen der Genossenschaft verzweifelt mit unterschiedlichsten Mähgeräten in mannshohem Gras, fasziniert von der Kraft, mit der die Natur die ihr geraubten Flächen zurückeroberte. Daran änderte die Anlagenverdichtung jedoch nichts. Der heftige

Bewuchs blieb. Niemand redete laut darüber, aber alle nahmen es wahr: Diesen fruchtbaren Boden »nur« für die Solarstromerzeugung zuzubauen, tat irgendwie auch weh.

Veraltete Technik »streikt«

Nichts ist so schlecht, dass es nicht auch für irgendwas gut wäre. Im Jahr 2020 »schmiert« der Stromertrag der Anlage ab. Eine Horrorgeschichte jedes Solaranlagenbetreibers wird wahr: Die Solarmodule verlieren massiv an Leistung und den Hersteller gibt es nicht mehr. Die Leistungsgarantien sind somit wertlos. Der Schaden ist flächendeckend, fast alle Module sind betroffen. Der mühselige Austausch der Alt-Module durch andere, halbwegs passende Module mit ähnlicher Technik scheitert. ASI-Module werden nicht mehr hergestellt. Es hilft alles nichts: Die Anlage muss »repower« werden. In Klartext heißt das: abreißen und neu bauen – bitter für die Wirtschaftlichkeit des Projektes.

Gesetzlich ist vorgeschrieben, dass die hohe Einspeisevergütung aus dem Anschlussjahr einer Anlage nur dann weiterbezahlt wird, wenn beim Repowering die Maximalleistung der Anlage nicht erhöht wird. Benötigt wurde ein Konzept, bei dem nicht nur mittags die Maximalleistung in das Netz eingespeist wird, sondern auch morgens und abends. Neben der betriebswirtschaftlichen Sicht ist das auch für die Stromversorgung sinnvoll. Strom wird nicht nur mittags gebraucht, sondern über den ganzen Tag verteilt.

Das System des einachsigen Trackers erweist sich als Lösung. Das Besondere an dem Anlagenkonzept ist, dass sich die Solarmodule kontinuierlich nach der aktuellen Position der Sonne ausrichten. Somit fällt die Sonne nicht nur mittags senkrecht auf die Module, sondern auch morgens und abends. Damit kann die Anlage bei direkter Sonneneinstrahlung den ganzen Tag über ihre maximale Leistung in das öffentliche Stromnetz einspeisen. Zusätzlich werden die Module mit einem Reihenabstand von zwölf Metern zueinander angeordnet, so dass sich auf der Fläche Solarstromerzeugung und landwirtschaftliche Nutzung kombinieren lassen.

Zusatznutzen durch Modernisierung

Zwischen den weit auseinander stehenden Modulreihen wird heute Weißklee angebaut, den ein örtlicher Imker für seine Bienenstöcke nutzt. Seit der Fertigstellung der neuen Agrar-Photovoltaikanlage werden dank moderner Technik bei gleicher Leistung ungefähr 25 Prozent mehr Strom erzeugt als bei einer modernen Süd-Anlage, und 50 Prozent mehr als durch den alten, abgerissenen Solarpark. Das Repowering hat sich damit finanziert. Und als Sahnehäubchen freut sich ein örtlicher Imker darüber, dass seine Bienen von Juni bis August reichlich Nahrung finden.

Link: www.solverde-buergerkraftwerke.de

EEG UND BÜRGERENERGIE

Osterpaket: Folgen für die Umsetzung von PV-Freiflächenanlagen

Die restriktive Flächenkulisse für PV-Freiflächenanlagen erzeugt anhaltende Bremswirkungen für die Energiewende. Werden nun von dem »Osterpaket« der Bundesregierung Impulse für Energiegenossenschaften im Zusammenhang mit PV-Freiflächenanlagen ausgehen? Die Gesetz-

zesinitiative bringt mit Agri-PV, Floating-PV und Moor-PV nur Änderungen mit »homöopathischer Dosis«, bewirkt jedoch keinen echten Kurswechsel. Nachweise zur Erreichung von zwei Dritteln der landwirtschaftlichen Erträge oder eine Begrenzung der Wasseroberfläche auf 15 Prozent zeugen von der Halbherzigkeit und Zaghaftigkeit der Novelle.

JANINA KOSEL, BÜNDNIS BÜRGERENERGIE E.V., BERLIN

Im Osterpaket wäre eine verpflichtende bundesweite Berücksichtigung der aktualisierten EU-Definition von »benachteiligten Gebieten« in § 3 Nr. 7 GE EEG 2023 ein wichtiger Schritt. Zurzeit bleibt aber den Bundesländern weiterhin die Entscheidung überlassen, ihre Flächen zur Errichtung von PV-Freiflächen bereitzustellen. Das hat bereits in der Vergangenheit wenig und vor allem keine schnellen Wirkungen mit sich gebracht. Gibt uns die Klimakrise diese Zeit? Vor allem die deutliche Ausweitung der Flächen entlang von Verkehrswegen wäre notwendig, um ausreichend Flächen für den stärkeren Freiflächenzubaubereitzustellen.

Helfen die Bürgerenergie-Privilegien?

Wird über die Chancen des Osterpakets für Energiegenossenschaften gesprochen, sind auch die Privilegien für Bürgerenergiegesellschaften »ins Visier zu nehmen«. Als auf den ersten Blick interessant erweist sich für Energiegenossenschaften die Befreiung von Ausschreibungen für PV-(Freiflächen-) Projekte bis sechs Megawatt (MW) und Windprojekte bis 18 MW. Doch sind

durch die damit verbundenen Rahmenbedingungen diese Regelung auch anwendbar? Fördern sie einen schnellen Zubau in Bürgerhand?

Energiegenossenschaften entwickeln sich meistens aus einem ehrenamtlichen Engagement heraus. Die Hemmschwelle mit einem Projekt an den Ausschreibungen teilzunehmen, ist groß und bedeutet einen immensen Kraftakt für jede Genossenschaft. Hat sie sich einmal diesen Herausforderungen gestellt, sollten die gewonnenen Erfahrungen idealerweise bei weiteren Projekten zeitnah Anwendung finden. Dies würde die weitere Professionalisierung der Genossenschaft ermöglichen und den schnellen bürgerunterstützten Zubau erleichtern. Doch im Osterpaket wurde die Befreiung von Ausschreibungen unter die Bedingung gestellt, fünf Jahre vorher keine weitere Windenergieanlage/FFA Anlage in Betrieb genommen zu haben. Das hält Energiegenossenschaften unnötig klein und widerspricht dem Anliegen der Akteursvielfalt.

Zusätzlich zum zeitlichen Aufwand, der mit einer Projektplanung von PV-Freiflächen verbunden ist, erweist sich das mit größeren Anlagen verbundene hohe finanzielle Risiko für Genossenschaften als schwer auffangbar. Sollte ein Projekt nicht erfolgreich sein, kann eine Genossenschaft Verluste oftmals nicht mit anderen Projekten kompensieren. Ein bundesweiter Risikoabsicherungsfond könnte helfen, dieses große Hemmnis für Energiegenossenschaften abzubauen. Der Fond müsste dann analog dem schleswig-holsteinischen Prinzip für alle Projekte im Bereich der erneuerbaren Stromerzeugung

gelten. Warum der im Osterpaket angedachte Fond nur auf Windanlagen begrenzt wird, ist für das Bündnis Bürgerenergie nicht nachvollziehbar. Hier bleibt ein bewährtes Werkzeug zur Stärkung bürgerschaftlicher Akteursvielfalt ungenutzt im Werkzeugkasten.

Entbürokratisierung als beste Unterstützung

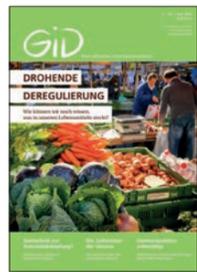
Die Erhöhung der Ausbauziele ist ein Schritt in die richtige Richtung für eine schnellere Energiewende und ebenso für die Bürgerenergie. Dies gilt auch für die Einführung des § 2 EEG zur »Besonderen Bedeutung der erneuerbaren Energien« hinsichtlich des »herausragenden öffentlichen Interesses«. Inwieweit durch den § 2 EEG zukünftig Genehmigungsverfahren vermehrt zugunsten eines Projektes entschieden werden, muss sich erst noch zeigen.

Hauptproblem aber bleibt das »Bürokratiemonster«. Dies beinhaltet sehr viele unterschiedliche komplexe Vorschriften, die eine Projektplanung undurchsichtig und Projekte unwirtschaftlich machen. Soll der Ausbauplan realistisch sein, müssen die Planungsverfahren vereinfacht, entschlackt und auf wenige Monate reduziert werden. Bei Windprojekten dauert es vier bis acht Jahre, bis die Baugenehmigung vorliegt mit dem Risiko, dass das Projekt aufgrund neuer Erkenntnisse noch »auf der Zielgeraden« nicht genehmigt wird. Der schnellere Planungsprozess von PV-Freiflächenprojekten ist demgegenüber ein Vorteil. Auch dieser dauert jedoch noch viel zu lang, wenn die Ausbauziele erreicht werden sollen.

ANZEIGE

DROHENDE DEREGULIERUNG

Wie können wir noch wissen, was in unseren Lebensmitteln steckt?



Die EU-Kommission hat 2021 einen Prozess gestartet, in dessen Folge viele der neuen Gentechnik-Anwendungen dereguliert werden könnten. Ob es tatsächlich dazu kommt, ist noch offen. Dennoch lohnt sich ein Blick auf einige der betroffenen Bereiche: Saatgutarbeit, Landwirtschaft, Handel und Verbraucher*innen.

GID - Zeitschrift für Informationen und Kritik zu Fortpflanzungs- und Gentechnologie - Nr. 261 - Mai 2022 - Einzelausgabe 8,50 €

Gen

Gen-ethisches Netzwerk e.V.
Stephanstr. 13 · 10559 Berlin
Tel: 030 - 685 70 73 · Fax: 030 - 684 11 83
gen@gen-ethisches-netzwerk.de
www.gen-ethisches-netzwerk.de

EIN ERFAHRUNGSBERICHT

Klimaaktivismus: Brennen ohne Burnout

Langfristig in den Aktivismus einsteigen – mir ist das eher zufällig passiert. Nun würde ich gerne andere dabei unterstützen. Was braucht es dafür? Vor allem Motivation? Strukturen im Hintergrund? Motivierte Mitstreiter*innen? Selbstorganisation und wertschätzende Kommunikation: das sind für mich die tragenden Säulen im Gäst_innenhaus. Stellt sich für mich noch die Frage: Machen wir hier auch nachhaltigen Aktivismus?

TOM ZEDER, GÄST_INNENHAUS JAKOB, DANNENROD

Täglich sitze ich einige Stunden vorm Bildschirm. Ich plane, maile, telefoniere und plane mit anderen das Planen. Kommunikation und über Kommunikation reden. Ich lebe ein privilegiertes Meta-Leben, das mir durch meine Freund*innen, Familie, solidarische Bekannte und Hartz IV ermöglicht wird.

Da sind viele Aspekte im Organizing und im Aktivismus insgesamt in meiner näheren Bubble (d.h. Szene, Umfeld), die (noch) nicht nach Neoliberalismus stinken. Der Anspruch ist da, uns hierarchiearm zu organisieren und zu strukturieren – wertschätzende Kommunikation statt patriarchalem Verhalten. Der täglich ernstgemeinte Versuch einer Grenzen überschreitenden, ernst gemeinten Solidarität ist, glaube ich, vor allem das, was Menschen, die unseren aktivistischen Ort besuchen kommen, wahrnehmen und wertschätzen. Unser autonomes Projekte-Zentrum in der hessischen Pampa zieht immer wieder unterschiedlichste Menschen an. Das Gäst_innenhaus erfährt viel Dankbarkeit. Möglich gemacht wird das nur durch ein unüberblickbares Netz an Unterstützenden und Unterstützungen. Und der Organisation dessen. Räume brauchen Strukturen. Freiräume irgendwie auch. Vielleicht sogar mehr, nur halt unsichtbare Strukturen, die von Menschen immer wieder neu erkämpft und verwaltet werden müssen, anstelle von Wänden und Zäunen.

Aktivismus und Eigenfinanzierung

Aber woher kommt diese ganze Verwaltungsarbeit? Wie bin ich in der ehrenamtlichen Sachbearbeitung und im Kampagnenmanagement klima- und sozialgerechter Projekte gelandet? Langfristig in die Verwaltung einsteigen – und das ohne großartige soziale, finanzielle Absicherung? Würde ich keinen Zugang zu geretteten Lebensmitteln haben und müsste mein Obst und Gemüse auch noch im Supermarkt einkaufen, könnte ich kaum Aktivismus machen. Hartz IV würde vielleicht gerade so reichen, wenn ich nicht Zug fahren oder Benzin verbrauchen würde. Für Mobilität umsonst gäbe es noch die Möglichkeit zu trampeln, aber das frisst Unmengen an Zeit und ist tendenziell auch immer weniger akzeptiert, berichten mir auch die, die das schon vor Jahrzehnten gemacht haben.

Hartz IV in seiner momentanen Größenordnung führt zu Immobilität. Und auch Lebensmittel containern können oder Teil von Foodsharing Gruppen zu sein, ist nicht für jede*n ohne weiteres möglich. Und dann ist da ja auch noch die Sache mit dem sozialen Druck.

Jetzt schreit bestimmt irgendwer nach bedingungslosem Grundeinkommen statt Hartz IV? Wieso müssten wir dem marginalisierten Kind denn eigentlich einen neuen Namen geben? Hartz IV bzw. ALG II ohne Sanktionen und auf Grundniveau 1.000 oder



▲ Garten für autonome Projekte im Gäst_innenhaus, Dannenrod

Foto: Tom Zeder

sogar 1.200 Euro? Grundrente soll ja auch kommen.

Wie kommen wir aber schneller als spät zu dem, was wir brauchen? Bürokratische Hürden in der Verwaltung abzubauen und eine wirkliche Grundsicherung unabhängig vom Lebensweg (und natürlich auch von Nationalität oder körperlichen Merkmalen!) aufzubauen – das ist eine Revolution wert! Die Revolution der Verwaltung – klingt voll langweilig. Wer hat Bock, sie anzufachen?

Sie würde Gelangweilten in ihren verwaltenden Bullshit-Jobs einige Arbeit langfristig erleichtern und ihnen Zeit und Horizonte für soziales und aktivistisches Handeln ermöglichen. »Bullshit-Jobs« ist übrigens ein Begriff des Soziologen David Graeber: »Ein Bullshit-Job ist eine Form der bezahlten Anstellung, die so vollkommen sinnlos ist, dass selbst derjenige, der sie ausführt, ihre Existenz nicht rechtfertigen kann, obwohl er sich im Rahmen der Beschäftigungsbedingungen verpflichtet fühlt, so zu tun, als sei dies nicht der Fall.«

Ein sinnvolles Leben ist möglich

Aktivismus will aber gerade von seiner intrinsischen Sinnhaftigkeit leben, glaube ich. Er existiert vor allem in prekären, gemeinschaftlich getragenen Verhältnissen. Ein anderes Leben ist möglich. Es ist gar nicht so viel anders, merke ich bei mir. 1,5 Jahre laufe ich jetzt konstant in aktivistischen Kreisen rum, und eigentlich hab ich mich an alles nach zwei Wochen gewöhnt. In Sachen Lebensstil zähle ich auf den positiven, ökologischen Handabdruck – also lieber aktiv sein statt etwas zu lassen. Mein ökologischer Fußabdruck ist wahrscheinlich ganz okay. Meine Mutter, die mich ständig fragt, wie sie ökologischer leben kann, lebt dabei durch ihre Autollosigkeit ein deutlich weniger Treibhausgas-intensives Leben als ich. Das sage ich ihr auch, und trotzdem macht sie sich ohne Ende Stress, was sie im Supermarkt denn am besten kaufen soll. Diese vermarkteten, verinnerlichten Ideen eines zukunftsfähigen Daseins im globalen Norden – fühlt sich das für

die ganzen Bullshit-Jobber echt an, als würden sie etwas »Gutes« tun?

Unterscheidet uns viel voneinander? Ich erinnere mich an Phasen, da hab ich von morgens bis abends durchgearbeitet – manchmal die Nächte durch. Und das ging ganz gut, denn so Vieles war neu. Ich war, glaube ich, verliebt und die Menschen um mich waren auch, warum auch immer, motiviert.

Jetzt gerade fühle ich mich vor allem müde. Beispielsweise die geflüchteten Menschen aus der Ukraine in unserem Projektzentrum bei der Integration zu unterstützen, lässt mich fühlen, als wäre ich ein frustrierter Sachbearbeiter – und das nach zwei Monaten. Aktivismus ist das aber auch irgendwie, und das bleibt der wichtigste Teil meiner Selbstidentifikation.

Mein Aktivismus möchte keinen Feierabend

Seit wann ist das eigentlich so ein Ding, dass Aktivist*innen nach einer intensiven, anfänglichen Hochphase fast nur noch Organizing machen und in einer Dauerschleife der Projekte hängen bleiben?

Mein menschliches Umfeld befindet sich in weiten Teilen in einer Art akutem Stadium der Müdigkeit. Die meisten haben irgendwie immer noch Bock, aber sind trotzdem müde. Ausgebrannt? Burnout war für mich immer so eine neoliberale Diagnose, die nur zutreffen konnte, wenn das eigene Tun als sinnlos empfunden wird. Die klimaaktivistische Art von Ausgebrannt-Fühlen nenne ich persönlich daher meistens eher Müdigkeit (durch Stress, Erwartungsdruck und Überarbeitung). Das hilft mir, zu differenzieren.

Mehr Schlafen wäre bestimmt trotzdem eine erste, richtig gute Lösung. Aber oft passieren Sachen halt abends und morgens und dann auch noch den ganzen Tag über, wenn lauter Aktivismus dich umgibt. Liegt ja auch schon im Wort. Burnout als Diagnose höre ich eher von Menschen, denen in ihrem Leben Dinge wie Feierabend, feste Arbeitszeiten, Wochenende und Urlaub wichtig sind und die meistens

nicht richtig genießen. Brennen die dann eigentlich eher für den Feierabend und den Urlaub, egal ob sie sogar in einem nachhaltig angemalten Job arbeiten?

Feste Arbeitszeiten, das liegt mir fern. Selbst entscheiden zu können, wann und wie viel ich arbeite oder mich weiterbilde, ist einer der Hauptgründe für mich, dass ich Bock habe, weiterzumachen. Und führt nicht dazu, dass ich irgendwie weniger arbeiten würde. Ich vermute mein Seelenheil nicht im Urlaub am Meer oder in der Rente oder im Feierabend-Getränk. Diese Trennung, diese Entfremdung, diese innere Kluft zwischen Leben und Arbeit will ich nicht. Ich will spannende Projekte finden, mitmachen und sie langfristig vorantreiben für den sozial-ökologischen Wandel. Die Menschen vom Jobcenter können das leider nicht in ihre Formulare einfügen. Und da hört bei den Sachbearbeitenden, den Schnittstellen des gesellschaftlich Möglichen, meist die Kreativität oder der Wille auf. Ich könnte das nicht. Ich würde kündigen oder zusätzlich Aktivismus machen. Und das machen ja auch einige. Die sind wahrscheinlich noch mehr am Rande ihrer Ressourcen, aber sie brennen weiterhin für die langfristigen Ziele.

Ist nachhaltig und langfristig eigentlich das Gleiche? Langfristig aktiv werden in der Umweltzerstörung, in Tradition oder Fremdenhass? Das geht ja schon. Es ist also nicht das Gleiche. Aufgefangen werden von dieser schönen Einfachheit. Von diesen Versprechen einer »besseren« Welt, die du verstehen kannst.

Die Zukunft bleibt unerwartet

Ich glaube, mit den vielen reflektierenden Prozessen im Gäst_innenhaus sowie insgesamt in aktivistischen Kontexten, Prozesse und Projekte inklusiv und transparent zu gestalten, machen sich Menschen halt schon tendenziell mehr Arbeit. Aber das ja auch bewusst. Und langfristig kommen dann immer wieder ein paar Menschen dazu, die dann auch wirklich für die Sache brennen. Menschen mit einem intrinsischen Drang danach, eine lebenswerte, nachhaltige Gesell-

schaft aktiv mitzugestalten. Ich glaube, das ist nicht einfach nur Ideologie oder Angst oder Selbstgerechtigkeit. Zumindest bei den meisten.

Ich dachte, ich steige nur langfristig in den Klimaaktivismus ein. Jetzt ist auch noch Organizing, Vernetzung und Geflüchteten-Hilfe dazugekommen. Und in diesen Bereichen bin ich nicht allein. Da ist aber auch eine kritisch zu betrachtende Reproduktion vom entfremdenden System von Aufstieg und Erfolg, das wir ja eigentlich verlassen wollten. Das Hamsterrad braucht weiterhin Auswege, Freiräume und Verbindungen zu den anderen Rädern. Es ist halt alles verbunden. Es ist aber nicht einfach alles eins. Es ist viel zu kompliziert und ich werde niemals die eine, einfache Lösung für irgendetwas finden. Ich möchte aber weiter versuchen, das gemeinsame Suchen nach Lösungen bedürfnisgerechter und gerechter an sich mitzugestalten. Es steht uns allen frei und ist mehr als gewünscht, Pausen zu machen. Das tun nur leider die Motoren der fossilen Zerstörer nicht genug. Würden die sturen Investor*innen der Klimakrise mal ein paar Gänge runterschalten und sowieso weniger Entscheidungsgewalt zugeschrieben bekommen, hätten die Klimaaktivist*innen auch deutlich weniger Arbeit.

ANZEIGE

Viva la autonomía!

Solidarischer Handel mit
Kaffee aus Chiapas/Mexiko
und Cauca/Kolumbien,
Spiel Autonomía Zapatista,
Musik von lucha amada,
Olivenöl von BeCollective,
Tee von ScopTi,
Seife von vio.me,
Bücher & Filme,
T-Shirts



Kaffee Kollektiv
Zapatista

Infos und neuer Online-Shop:
www.aroma-zapatista.de

VOR 80 JAHREN IST HEINRICH VOGELER VERSTORBEN

Wer einem Stern folgt, kehrt nicht um

Bis 1900 entwickelte sich Heinrich Vogeler zu einem der bedeutendsten Repräsentanten des deutschen Jugendstils und findet, vor allem als Grafiker und Gestalter, nationale und internationale Anerkennung. Aber er ist auch Maler, Architekt, Designer, und später Pädagoge und Schriftsteller und ab 1918: Sozialist.

BERND HÜTTNER, REDAKTION BREMEN

Heinrich Vogeler wird am 12. Dezember 1872 in Bremen geboren. Er studiert an der Kunstakademie in Düsseldorf und findet dort Kontakt zu den Malern, die später die Künstlerkolonie im nahe Bremen gelegenen Dorf Worpswede bilden. Er ist das jüngste und zugleich das letzte Mitglied der Worpsweder Malervereinigung, der er 1894 nach Abschluss seines Studiums beiträgt.

Als die Wirkung des Jugendstils zu Beginn des 20. Jahrhunderts beim Publikum spürbar nachlässt, sucht er neue künstlerische Orientierungen. Er plant nun zum Beispiel auch Häuser für die Arbeiter in der Möbelfabrik seines Bruders. Die Ehe mit Martha Vogeler (1879 bis 1961) geht in die Brüche. Der Erste Weltkrieg, an welchem er naiv freiwillig und lange teilnimmt, gibt seinem Leben und Wirken eine neue Richtung. Zurückgekehrt und zu einem überzeugten Pazifisten und Kommunisten geworden, versucht er, seiner veränderten Weltanschauung als Künstler gerecht zu werden. Sein Werk gewinnt nun expressionistische Züge, in denen sich seine politische Haltung äußert.

Sein Wohnsitz, der Barkenhoff in Worpswede wird bis 1923 zu einer Kommune umgewandelt. Vogeler, der 1918 bereits 46 Jahre alt ist, arbeitet unermüdlich auf und für seinen Wohnort. Er hält Vorträge,

publiziert sehr viel. Seine Texte atmen aber eher den Geist der (christlichen) Nächstenliebe, der anarchistischen »gegenseitigen Hilfe« oder Ideen der Lebensreform, als den des Marxismus und des Klassenkampfes.

1920 zieht Martha Vogeler mit den drei Kindern aus. Die Kommune scheidet – und Vogeler verschenkt das Anwesen an die »Rote Hilfe«, die es bis 1932 als Kinderheim führt. Ab 1923 reist Vogeler regelmäßig nach Moskau. Vogelers zweite Ehefrau wird Sonja Marchlewska (1898 bis 1983). Die beiden heiraten 1926. 1924 lässt er sich in Berlin nieder, bevor er 1931 endgültig in die Sowjetunion übersiedelt. Dort stellt sich Vogeler ganz in den Dienst des Kommunismus, bekämpft aktiv den Nationalsozialismus, wird aber trotzdem nach dem Überfall NS-Deutschlands auf die Sowjetunion deportiert. Er stirbt verarmt und unterernährt am 14. Juni 1942 bei Kornejewka, (Karaganda/Kasachstan).

Leben als Gesamtkunstwerk

Die Bedeutung von Vogeler liegt in der Vielfalt der mit ihm verbundenen Themen, wie auch in der phasenweisen Radikalität seines Handelns. Sein kreatives Schaffen war stets Ausdruck seiner persönlichen Überzeugungen und Auseinandersetzung mit wichtigen gesellschaftspolitischen Fragen. Seine Werke spiegeln in allen Abschnitten seines sehr wechselvollen Lebens die Suche nach »dem Schönen«, wenn nicht nach dem »irdischen Paradies«. Dies zeigen die Kunstwerke der Jahrhundertwende, wie auch der schwärmerische Duktus seiner vielen Schriften in den 1920er Jahren.

Seine Kunst machte ihn in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts

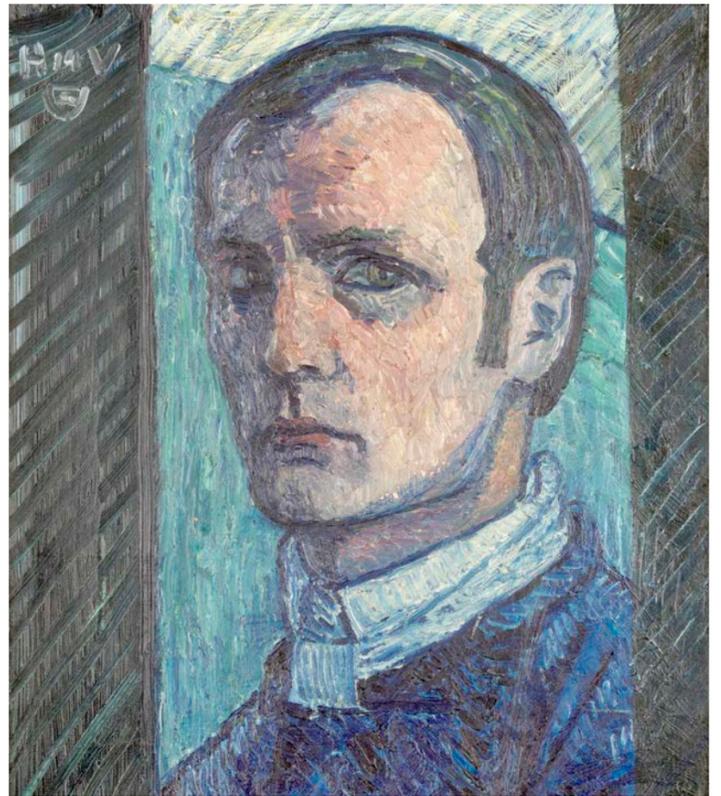
zum Liebling des Bürgertums, seine Kriegserfahrung zum Kritiker und Dissidenten, seine politische Haltung schließlich zum Exil-Künstler, der der Sowjetunion unkritisch gegenübersteht. Vogeler ist stets auf der Suche nach dem Gesamtkunstwerk, vor 1918 und auch danach. Seine Lebensgeschichte wird oft als eine radikale Sinnsuche in Zeiten großer Umbrüche interpretiert, was aber zu kurz greift. Die vor allem auf die Ästhetik fokussierte, »bürgerliche« Rezeption blendet das organisierte politische Engagement Vogelers aus, den Kommunisten wiederum war er zu »versponnen«.

Vogelers Leben birgt auch eine gewisse Tragik und umfasst in den letzten 30 Jahren viel privates und politisches Scheitern. Vogeler macht aber immer weiter, er überwindet Krisen, erfindet sich neu. Sein Leben und seine Ideen stellen Fragen zu den Möglichkeiten einer alternativen, solidarischen Ökonomie, einer alternativen Pädagogik, unserem Verständnis von Kunst, zur Verantwortung und zum Selbstverständnis von Kunstschaffenden und sie verweisen auf die schmerzliche Abwesenheit von Kunst und Ästhetik in der heutigen emanzipatorischen Politik.

Der Museumsverbund Worpswede bietet noch bis 6. November die Jubiläumsausstellung »Heinrich Vogeler. Der Neue Mensch« an seinen vier Standorten an. Im Kino ist die Doku-Fiktion »Aus dem Leben eines Träumers« zu sehen.

Link: vogeler22.de

Sehr umfangreich und nützlich ist die Website der 1975 gegründeten Heinrich Vogeler Gesellschaft, dort auch eine Bibliografie: www.heinrich-vogeler.de



▲ Selbstbildnis von Heinrich Vogeler, Öl auf Leinwand von 1914

Foto: Rüdiger Lubricht / Worpsweder Museumsverbund

Zum Weiterlesen

Das offizielle Buch der Worpsweder Museen in Neuauflage: Heinrich Vogeler: Künstler – Träumer – Visionär (herausgegeben von Beate C. Arnold / Sabine Schlenker), München 2022

Heinrich Vogeler. Schriften (herausgegeben von Walter Fährnders/Helga Karrenbock), Bielefeld 2022 (Rezension zu lesen in CONTRASTE Nr. 453)

Siegfried Bresler: Auf den Spuren von Heinrich Vogeler, Bremen 2019

Autobiographie: Heinrich Vogeler: Werden. Erinnerungen mit Lebenszeugnissen aus den Jahren 1923-1942 (herausgegeben von Manfred Bruhn), Fischerhude 2018

BRIEFMARKEN MIT WIDERSTÄNDIGER GESCHICHTE

Die Toten nicht vergessen

Die italienische Post widmete dem Widerstandskämpfer Italo Tibaldi eine Erinnerungsbriefmarke. Tibaldi war Teil einer geheimen Widerstands-

gruppe im Außenlager Ebensee des KZ Mauthausen gewesen.

KAI BÖHNE, REDAKTION GÖTTINGEN

Als amerikanische Truppen am 6. Mai 1945 das Außenlager Ebensee des Konzentrationslagers Mauthausen befreiten, wog der italienische Häftling Italo Tibaldi (1927-2010), der zehn Tage später 18 Jahre alt wurde, keine 40 Kilogramm. In Ebensee wurden Häftlinge eingesetzt, um Stollen und Kavernen für die unterirdische Raketenproduktion in den Berg zu treiben. Ende April 1945 befanden sich noch über 18.000 Häftlinge in Ebensee. Zuvor waren von November 1943 bis Mai 1945 über 8.700 Häftlinge durch die schwere Arbeit bei mangelhaften Essensrationen und durch die Schikanen des Wachpersonals zu Tode gekommen.

Italo Tibaldi war Teil einer geheimen Widerstandsgruppe im Lager gewesen. Am 13. Oktober 2021 widmete ihm die italienische Post einen Sonderstempel und eine Sonderbriefmarke. Sie zeigt ihn mit seinem Erinnerungsbuch »Compagni di viaggio«, in dem er über seine Deportation und die schmerzhaften Arbeiten im Lager berichtete. Im Hintergrund sind Stacheldraht und Häftlingskleidung mit vertikalen blauen und grauen Streifen abgebildet. Die Jacke zeigt einen roten Winkel, mit dem politische Häftlinge gekennzeichnet wurden und die

Registrierungsnummer IT 42307 von Italo Tibaldi. Die Auflage der Marke wird in einer Pressemitteilung der Poste Italiane mit 300.000 Exemplaren angegeben.

Wie kam Italo Tibaldi nach Ebensee? Am 9. Januar 1944 wurde er als 16-jähriges Mitglied einer Partisanengruppe, die sich nach dem Sturz Mussolinis gebildet hatte und der auch Italos Vater angehörte, verhaftet. Jemand hatte den Jugendlichen, der für die Gruppe Botengänge übernommen hatte, denunziert. Tibaldi wurde im Büro des Sicherheitsdienstes verhört und danach in die Justizanstalt von Turin überstellt. Von hier wurde er am 13. Januar mit weiteren Verhafteten zum Bahnhof gebracht, in einen versiegelten Güterwagen gesperrt und ins Konzentrationslager Mauthausen, das größte Lager der Nationalsozialisten auf dem Gebiet Österreichs, deportiert. 15 Tage später war Tibaldi einer von 500 Häftlingen, die in das noch im Bau befindliche Außenlager Ebensee transportiert wurden.

Nach der Befreiung gesundete und erholte sich Tibaldi während eines mehrwöchigen Krankenhausaufenthalts. Ende Juni 1945 kehrte er nach Turin zurück. Dort arbeitete er bis zu seiner Pensionierung als Vermessungstechniker bei der Turiner Stadtverwaltung. Mit seiner Ehefrau lebte er viele Jahre in der kleinen Ortschaft Vico Canavese am Berghang oberhalb der Stadt Ivrea. In seiner Gemeinde

übernahm er das Amt des Bürgermeisters.

Neben seiner Arbeit und später als Pensionär engagierte er sich jahrelang als Zeitzeuge und widmete sich der Forschung. Vor zahlreichen Schüler*innen berichtete er über seinen Widerstand und die KZ-Haft in Mauthausen und Ebensee. In akribischer historischer Fleißarbeit erfasste und dokumentierte er die Transporte aus Italien in die Konzentrationslager und listete die Namen der Verschleppten auf. Seine Recherchen führten zu einer Datei mit 44.000 Matrikeln, diese sind nicht gleichbedeutend mit Namen, da einige Deportierte in mehreren Lagern mit neuen Registrierungen geführt wurden.

Zum Internationalen Holocaust-Gedenktag am 27. Januar 2017 fand in Turin eine Veranstaltung statt, die Italo Tibaldi, dem »unermüdlichen Zeugen und Forscher der italienischen Deportation« gewidmet war. Die Zeitung *TorinOggi* verwies darauf, dass Tibaldis Aufzeichnungen und Archivalien in Mailand und Turin aufbewahrt werden. Sie bieten wertvolle Grundlagen und methodische Anregungen, um die Forschung in weniger bekannten Bereichen fortzusetzen. Zu untersuchen sei noch die Anwesenheit von italienischen Deportierten aus politischen Gründen in Auschwitz.

In einem Nachruf erinnert sich Wolfgang Quatember, der Leiter der KZ-Gedenkstätte Ebensee, an seine

erste Begegnung mit Italo Tibaldi: »Ich meine, es war 1989 oder 1990 und er unterbreitete mir den Vorschlag, einen der Stollengänge als manifestes Zeugnis der Häftlingsarbeit der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.« Tibaldi und ein anderer ehemaliger Häftling argumentierten, dass die Überlebenden ein Anrecht darauf hätten, über die Stollen mitzubestimmen. Viele von ihnen hätten dort ihr Leben verloren, die Stollen seien mit dem Blut tausender Menschen in den Berg gesprengt worden. Die beiden Zeitzeugen hatten Erfolg. »1997 konnte schließlich eine Dauerausstellung in einem der Stollengänge eingerichtet werden und seither haben tausende Menschen diese besucht«, berichtet Quatember. »Italo Tibaldis Agilität, sein Optimismus und sein freundliches Wesen haben viel bewirkt und mannigfaltigen Einfluss auf die Arbeit in den KZ-Gedenkstätten Mauthausen und Ebensee genommen.«



ANZEIGE

GWR 470
Sommer 2022

graswurzel
revolution



Foto: Daniel Korth

Kostenloses Probeexemplar
oder Abo:
www.graswurzel.net

insta: @graswurzelrevolution
twitter: @graswurzelrevo1

WIDERSPRÜCHE DES
KAPITALISMUS

Bei dieser Publikation handelt es sich um die Jubiläumsschrift zum 65. Geburtstag des Soziologen Sighard Neckel, dem dieser Band gewidmet ist. Die Herausgeber*innen sind beide wissenschaftliche Mitarbeiter*innen in der DFG-Kolleg-Forschungsgruppe »Zukünfte der Nachhaltigkeit« an der Universität Hamburg. In 30 Aufsätzen wird untersucht, wie der Kapitalismus trotz seiner verheerenden Auswirkungen weiterhin die dominante Wirtschaftsform bleibt. Die Beiträge fragen aus ökonomischer, ökologischer und kultureller Perspektive nach den Strukturen, Mechanismen und Praktiken, die das eigentümliche Überleben dieses Systems sichern.

Nach dem Vorwort und dem einleitenden Kapitel gliedert sich der Band in fünf thematische Abschnitte, die an den Arbeitsschwerpunkten Neckels orientiert sind: Ökonomie, Leistung und Erfolg, Ökologie, Kultur, Klassen und Klassifikationen.

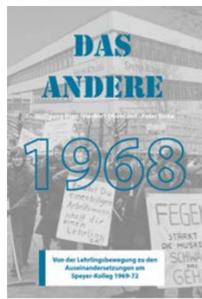
Der erste Teil beleuchtet die wesentlichen Stationen der wissenschaftlichen Laufbahn Neckels von Wien über Frankfurt am Main nach Hamburg und vermittelt aus unterschiedlicher Perspektive Erkenntnisse zum Selbstverständnis der Soziologie. Das umfangreichste Kapitel setzt sich mit der Ökonomie und den grundlegenden Elementen des kapitalistischen Wirtschaftssystems auseinander, das Neckel mit »strukturierter Verantwortungslosigkeit« umschreibt. Dies wird mit den Begriffen »Refudalisierung« und »Erfolgsgesellschaft« zu einem analytischen Dreieck erweitert, das auf eine Verfestigung einer statischen Sozialstruktur mit ständischer Beherrschung hinweist, die auf der Entkopplung von Leistung und Erfolg und dem Unwillen einer Reichums-Oligarchie beruht, individuelle Verantwortung für die gesellschaftlichen Folgen des eigenen Handelns zu tragen. Im Kapitel »Leistung und Erfolg« wird ein weiteres Herzstück Neckels Gesellschaftsanalyse von Kolleginnen auf den Prüfstand gestellt. So fragt Stefan Mau, ob der Begriff der Erfolgskultur auch in Zeiten des Datenkapitalismus noch zur Analyse taugt und kommt zu einem differenzierten, aber positiven Ergebnis.

Das Kapitel Ökologie befasst sich mit der aktuellen Arbeit Neckels, die sich aus einer soziologischen Perspektive der Nachhaltigkeitsdebatte nähert. So kann der Zukunftspfad von Nachhaltigkeit als Projekt einer sozial-ökologischen Transformation von unten beschrieben und als Optimierungsstrategie eines flexiblen Kapitalismus charakterisiert werden.

Die Beitragenden lesen sich wie ein »who is who« der deutschsprachigen Soziologie. Manchmal fehlt ein wenig der Rote Faden, wenn man von der Bezugnahme auf den Jubilar absieht. Das liegt auch an der Vielfalt der Analysen Neckels, der soziologische Zugänge zu etlichen aktuellen Themen geschaffen hat. Zumindest für den sozialwissenschaftlich interessierten Leser ein Band, der mit Gewinn zu lesen ist.

Herbert Klemisch

EIN GANZ ANDERES 1968



Der Göttinger Soziologe Peter Birke interviewt in diesem Buch die Arbeits- und Umweltwissenschaftler Wolfgang Hien (*1949) und Herbert Oberland (*1950). Gegenstand ist vor allem ihre Zeit als Lehrlinge bei BASF in Ludwigshafen Mitte der 1960er Jahre und ihr direkt daran anschließender Aufenthalt auf dem so genannten Speyer-Kolleg, an dem sie dann Mitte bzw. Ende 1972 das Abitur ablegen.

Beide kommen aus der Provinz, Hien aus dem Saarland, Oberland aus dem Schwäbischen. Die BASF ist für sie zuerst die moderne, »weite Welt«, die dann allerdings schnell auch ihre tiefsten autoritären Strukturen zeigt. Beide engagieren sich, vom kirchlichen Milieu herkommend, in der sozialistischen Lehrlingsbewegung und knüpfen Kontakte zu Linken in Ludwigshafen und Heidelberg. Untergebracht sind sie – und das wird dann in Speyer sehr ähnlich und wichtig sein – in einem Jugenddorf. Dort leben hundert Lehrlinge der BASF wie in einer Art Jugendherberge zusammen. Sie haben dadurch vielfältige Möglichkeiten, sich zu treffen, sich auszutauschen und zu organisieren.

Mit Anfang 20 gehen die beiden (Hien muss erst noch in einem Vorkurs die mittlere Reife nachholen) an das Speyer-Kolleg. Dort gibt es schnell Konflikte um die Lehrinhalte (etwa den Religionsunterricht) und allgemein Fragen der Demokratie und Mitbestimmung (»Alles drehte sich um die Frage: »Wer bestimmt hier was«, S. 153). Der Konflikt dort endet mit einer Niederlage. Die Zeit am Kolleg bzw. in Speyer, in der sie auch Kontakte zu Betrieben in Speyer haben, eine kleine Zeitung mitherausgeben, und eine, wie Birke es nennt, »Barfuß-Soziologie« betreiben, ist für das weitere Leben der beiden »Arbeiterintellektuellen« trotzdem wichtig. Beide gehen nach dem Abitur erst einmal mit politischer Motivation im Rahmen der APO für einige Jahre in den Betrieb, den sie dann Ende der 1970er wieder verlassen; Oberland etwa arbeitet bis 1981 bei Degussa in Frankfurt/Main. Die Themen Gesundheit, Gesundheitsschutz und Arbeit/Betrieb beschäftigt die beiden ihr ganzes Leben: Hien als politischer Bildner und prekären Wissenschaftler, Oberland als Inhaber eines kleinen Forschungsbüros.

Jenseits der Ereignisgeschichte geht es immer wieder um Erfahrungen im Betrieb, und wie diese verarbeitet werden und das weitere Leben prägen. Das Bedürfnis nach Emanzipation besteht bei den beiden bis heute. Ein zweites Metathema ist das Verhältnis von Wissen, Bildung und Selbstorganisation. Wie entsteht Wissen, wie kann es »angewendet«, und wie ist das mit der Herkunft der beiden verknüpft?

»Das andere 1968« ist ein spannendes, persönliches Buch – und es ist nicht zuletzt Zeugnis von und Ergebnis der über 50-jährigen Freundschaft zwischen Hien und Oberland. Birke und die beiden stellen ein lebendiges Stück Sozial- und Zeitgeschichte zur Verfügung, das absolut lesenswert ist.

Bernd Hüttner

Wolfgang Hien, Herbert Oberland, Peter Birke: Das andere 1968; Verlag Die Buchmacherei, Berlin 2022, 260 Seiten, 15 Euro

GLÜCK UND FORTSCHRITT



Unsere Zeit ist von einem seltsamen Widerspruch geprägt: Obwohl der Fortschritt vielen immer mehr materiellen Wohlstand, Komfort und soziale Sicherheit bringt, leiden immer mehr Menschen an Depressionen und Ängsten. Diesem Widerspruch, seinen Ursachen und Folgen widmet sich Wolfgang Schmidbauer in seinem neuesten Buch. Der 1941 geborene bekannte Psychoanalytiker hat dutzende Bücher geschrieben und unter anderem die Begriffe »Helfer-Syndrom« und »Angst vor Nähe« geprägt. Hier beschreibt er in 13 Aufsätzen, die alle auch für sich gelesen werden können, den fatalen Glauben, dass das menschliche Glück in einer – womöglich immerwährenden – Steigerung zu suchen und vor allem zu finden sei.

Statt Ängste im Kontakt mit der Wirklichkeit zu differenzieren und gar zu »bewältigen«, herrsche die Sehnsucht nach einer krankungsfreien Welt vor. Angst und Unsicherheit sollen bezwungen werden, seien aber doch untergründig sehr gegenwärtig. Neben einer wachsenden Entfernung von der Natur spiele dabei das Dilemma der modernen Aufteilung in Arbeit und Freizeit ebenso eine Rolle wie auch das Eigentum. Mit Besitz und Komfort und deren heutiger Dominanz sei jedoch unabdingbar die Angst vor deren Verlust verbunden. Das Leben sei aber niemals zu 100 Prozent sicher; Glück zum Beispiel sei umso glücklicher, je selbstvergessener es sei. Im Selbstoptimierungsanspruch und Optimierungswahn sei es schwieriger geworden, Verletzlichkeit zu akzeptieren. So sind Enttäuschungen vorprogrammiert. Die »glückliche Liebesbeziehung« sei die tiefste Sehnsucht des modernen Menschen, das letzte (uneingelöste) Versprechen von Magie und Kreativität in einer bürokratisierten und entzauberten Welt. Umso größer dann die Enttäuschung, wenn zum Beispiel ein Kind in den ersten Jahren vor allem »Arbeit« dorthin bringe, wo in der Partnerschaft vorher vor allem Freizeit war. Absurd sei es zum Beispiel auch, dass heute die Geräte am angesehensten und begehrtesten seien, die den Menschen Übung ersparen; während gleichzeitig Jugendliche unter mangelnder Selbstwirksamkeit leiden.

Schmidbauer bietet in seinen Texten immer wieder auch relativ simple und doch einleuchtende »Gegenmittel« und empathische »Tipps« an. So sei es hilfreich, aus der eigenen, individuellen Geschichte zu lernen und ebenso durch Zuhören aus den Erfahrungen anderer. Dies sei der Kulturprozess schlechthin. Nicht Erwerb und Besitz, sondern die (lebenslange?) Übung der eigenen Fähigkeiten und das Interesse am Wohlergehen der Mitmenschen seien, so sein Schluss, »die Grundlage für Lebensglück« (S. 187). Und Humor helfe. Fast immer.

Ein wichtiges und lesenswertes Buch, das die mentalen Basisstrukturen des aktuellen kapitalistischen Patriarchats diskutiert – und gleichzeitig anreißt, warum viele der Probleme so schwer zu ändern sind.

Bernd Hüttner

Wolfgang Schmidbauer: Der Fortschritt und das Glück. Eine gescheiterte Beziehung, oekom Verlag, München 2022, 208 Seiten, 20 Euro, Ebook 15,99 Euro

MILI'S TANZ AUF DEM EIS



Die verdeckt arbeitenden »Revolutionären Zellen« gab es seit 1973, Frauen waren in ihnen erstmals 1975 sichtbar und ab 1977 wurde – auch – der Name »Rote Zora« verwendet. Ab 1983 agierte die Rote Zora unabhängig von den Revolutionären Zellen. Die Rote Zora war in den Siebzigern und achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts die bekannteste und wichtigste nur aus Frauen bestehende militant agierende Gruppierung im deutschsprachigen Raum. Ihr über 20 Jahre andauerndes Handeln richtete sich ausdrücklich gegen die patriarchale Unterdrückung von Frauen. In der Auswahl ihrer Ziele und in ihren damit verbundenen Texten, die in der Regel als »Anschlagserklärungen« publiziert wurden, bewies die Gruppe ein erstaunliches Gespür. Sie thematisierte früh und konsequent Kolonialismus, Rassismus, und die negativen Aspekte vieler Technologien (vor allem Gen- und Reproduktionstechnologie, Computerisierung). So sind ihre Texte von damals auch heute noch lesenswert. Denn sie bieten ein bemerkenswertes Analyseniveau und üben Selbstkritik, denken über Militanz (»Gewalt gegen Sachen gibt es nicht«) und die Beschränkungen des eigenen Erfahrungsrahmens und Handelns nach und treten nicht zuletzt deutlich für ein Denken ein, das heute »intersektional« genannt wird.

Diese neue Publikation enthält neben weit mehr als 20 Anschlagserklärungen aus den Jahren 1975 bis 1995 (auf insgesamt 108 Seiten) auf weiteren 82 Seiten den langen Text der Broschüre »Mili's Tanz auf dem Eis« aus dem Dezember 1993 (erschienen Anfang 1994). In diesem blickt die Rote Zora auf ihre Geschichte zurück und diskutiert die dem Mauerfall 1989 folgenden Verwerfungen ebenso wie die seinerzeit beginnende Diskussion um Differenzen zwischen Frauen* oder auch zu unklaren Positionen und Versäumnissen der feministischen Bewegung, sich über Antisemitismus Gedanken zu machen.

»Mili bittet zum Tanz« hält aber auch aktuelle Zeitzeugnisse fest. In Wortprotokollen, die dem dem Film »Frauen bildet Banden – eine Spurensuche zur Geschichte der Roten Zora« (2019) entnommen wurden, blicken zwei ehemalige »Zoras« mit mehr als 30 Jahren Abstand auf ihre aktive Zeit in der Gruppe. Ein weiteres Kapitel ist eine Collage aus Stimmen dreier feministischer Zusammenhänge, in dem diese ihre heutige Lesart der Roten Zora und ihr aktuelles Verständnis von Militanz und widerständiger Politik dokumentieren.

Dieser Rückblick schlägt einen Bogen. Denn selbst wenn die »Rote Zora«-Strukturen Geschichte sein mögen und ihre Texte von einst heute vorrangig Anlass zu Rückblicken geben: Sie stellen unsere Fragen von 2022.

Bernd Hüttner

Die Broschüre »Mili's Tanz« ist auch online: <https://bit.ly/3xJP00N>

FrauenLesbenBande (Hg.): Mili bittet zum Tanz. Auf den Spuren des militanten Feminismus der Roten Zora; unrast-Verlag, Münster 2022, 248 Seiten, 14,80 Euro

DIE MACHT DER KARTE



Karten erzählen Geschichten und formen unser räumliches Verständnis von der Welt. Und das Erstellen von Karten bedeute, die Welt auf eine bestimmte Weise zu erzeugen und zu beschreiben, formulieren die Autor*innen aus den Bereichen Sozial- und Kulturgeographie ihr Verständnis in ihrem »Handbuch kritisches Kartieren«. Denn in ihrer Rolle als kritische Kartograph*innen wollen sie die »Macht der Karte hinterfragen« und sich eine eigene Praxis der Herstellung aneignen. Gleichzeitig verstehen sie ihre Arbeit als Forschungsfeld, »das eine grundlegende Auseinandersetzung mit den sozialen und politischen Dimensionen von Karten, Kartieren und Kartographie angestoßen« habe.

Diese Auseinandersetzung führe oft dazu, das »visuelle Zeichensystem« traditionell erstellter Karten als »Verdinglichung dynamischer sozialer Verhältnisse« in Frage zu stellen. Abschreckende Beispiele seien beispielsweise offizielle Straßenkarten, die sie als Ausdruck einer »Liebesaffäre mit dem Auto« bewerten. Stattdessen sei das Ziel kritischen Kartierens, verschiedene soziale Wirklichkeiten abzubilden, gesellschaftliche Missstände sichtbar zu machen und damit letztendlich neue Weltbilder zu erzeugen.

Das Handbuch ist kein methodisch durchstrukturiertes Werk, sondern eine Sammlung unterschiedlicher Themen und Herangehensweisen. Zwanzig Beiträge von teilweise internationalen Autor*innen sind in vier Abschnitte gegliedert: Zu Beginn geht es um Partizipation und die Vielstimmigkeit bei der Kartenerstellung. Beispielfür dafür steht ein Projekt zu »Emotional Mapping«, bei dem obdachlose und drogenabhängige Menschen eine Karte ihres Frankfurter Bahnhofsviertels erstellt hatten – unter anderem mit Signaturen für »sicher sein«.

Der zweite Abschnitt dreht sich um die Forderung, dass Karten als Zeichen und Diskurse zu verstehen seien und nicht als neutrale Abbilder von Dingen auf der Erdoberfläche. Dies ist am Beispiel einer Radwegeplanung von unten erläutert, die sich als akademische und als aktivistische Intervention zur Verkehrswende verstand.

Im dritten Teil geht es um Lehre und Didaktik, wobei Karten als Werkzeug zur Vermittlung von räumlichen Werten dienen. Spannend darin ist die Beschreibung eines Projekts, in dem Kinder als Kartograph*innen agierten und in einem kollektiven Prozess ihre Forderungen zur Gestaltung ihrer Nachbarschaftsräume zu Papier brachten.

Der vierte Abschnitt beleuchtet die kritische Nutzung von Geoinformationssystemen. Am Beispiel des kollektiven Kartenprojekts Openstreetmap erörtern die beiden Autoren die emanzipatorischen und gegenhegemonialen Potenziale crowdbasierter Projekte.

Den Autor*innen ist ein reichhaltiges Werk gelungen, das sowohl Einblick in die wissenschaftliche Debatte zu Kartierungen bietet als auch dank zahlreicher Illustrationen Impulse für Aktivist*innen liefert.

Peter Streiff

Finn Dammann, Boris Michel (Hrsg.): Handbuch kritisches Kartieren. Sozial- und Kulturgeographie, Band 51, transcript Verlag, Bielefeld 2022, 330 Seiten, 32 Euro

Lenz, Sarah/Hasenfratz, Martina (Hg.): Capitalism unbound - Ökonomie, Ökologie, Kultur; Campus Verlag, Frankfurt 2021, 342 Seiten, 54 Euro

TERMINE UND KLEINANZEIGEN

TERMINE

RADWANDERN

für Frieden und Klima
bis Oktober (Österreich)

Österreich von seiner klimaschonenden Seite entdecken. Beim »passathon 2022 - Raca for Future« können über 600 klimaschonende Gebäude mit dem Rad in ganz Österreich erkundet werden. Diese Beispiele zeigen, wie die Klimaneutralität bis 2040 für den Gebäudesektor in Österreich Realität werden kann. Die 27 Routen führen nicht nur durch alle Landeshauptstädte, sondern für die besonders sportlichen Teilnehmer*innen kann dabei auch der Großglockner, der Arlberg, die Silvretta oder das Leithagebirge bezwungen werden.

Info: passathon.at

SEMINARE

The Future will be different
25. & 26. August (Berlin)

Vom konstruktiven Umgang mit Unterschieden und anderen Konflikten. In diesem Workshop wird auf die Vielschichtigkeit von Konflikten, die wir aktuell in politischen und zivilgesellschaftlichen Gruppen erleben, geschaut. Die Teilnehmer*innen erlernen Modelle und Methoden, wie mensch sich diesen Konflikten nähern und sie gemeinsam bearbeiten kann. Der Schwerpunkt des Workshops liegt auf der Arbeit mit konkreten Konfliktbeispielen der Teilnehmer*innen. Die Teilnahme setzt daher die Bereitschaft voraus, in der Workshopgruppe über persönliche Konfliktthemen und eigene Gefühle, Bedürfnisse und Werte zu sprechen.

Ort: verschiedene Orte, Berlin
Info: bit.ly/3MRu78n

Bildung, die unter die Haut geht...

26. bis 28. August (Zierenberg)

Spätestens seit der Corona-Krise ist deutlich geworden, wie ungewohnt für viele von uns das Fortbilden im digitalen Raum ist. Seitdem schießen einerseits Tools und digitale Settings aus allen Ecken, andererseits sehnen sich viele nach den »normalen« Präsenzseminaren, in denen »ein richtiger Kontakt« möglich ist. In diesem Seminar werden Möglichkeiten aufgezeigt, wie ein Kurs so gestaltet werden kann, dass er Menschen berührt und zwar hybrid: in Präsenz UND online – ein integriertes Verständnis von Lernen. Die Teilnehmer*innen können, ihr neu erworbenes Wissen direkt auf ihre Fortbildungen und Kurse anwenden.

Ort: Lebensbogen,
Auf dem Dörnberg 13,
34289 Zierenberg
Info: repackthebag.com

BILDUNGSREISE

»Smrt fašizmu, svoboda narodu!«

12. bis 16. September
(Klagenfurt, Ljubljana)

Bildungsreise und Wanderung auf den Spuren der Partisan*innen im österreichisch-slowenischen Grenzgebiet. In der NS-Zeit war Kärnten die einzige Region innerhalb der Grenzen des sogenannten »Deutschen Reiches«, in der das NS-Regime mit massivem militärischem Widerstand konfrontiert war. Etwa 500 Österreicher*innen, die meisten von ihnen Angehörige der slowenischsprachigen Minderheit, kämpften in den Tälern des Karawanken-Gebirges in Par-

tisan*inneneinheiten. Dieser antifaschistische Widerstand wurde dabei von einem beträchtlichen Teil der lokalen Bevölkerung unterstützt, war die Bevölkerungsgruppe der Kärntner Slowen*innen/Koroški Slovenci doch selbst von Zwangsumsiedlungen und Deportationen betroffen.

Info: bit.ly/3NKEQmd

GLOBAL FORUM

Modern Direct Democracy

21. bis 25. September (Luzern)

Das Global Forum, die weltweit größte Konferenz zu Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie, wird in der Seestadt Luzern (CH) stattfinden. Die Teilnehmer*innen werden sowohl auf die lange Schweizer Tradition der direkten Demokratie zurückblicken, als auch auf Innovationen, die Instrumente der direkten, partizipativen und deliberativen Demokratie durch Bürgerräte miteinander verbinden, auf Möglichkeiten, die direkte Demokratie zum Schutz unseres Planeten vor dem Klimawandel einzusetzen, und auf bewährte Verfahren der Jugendbeteiligung. Am letzten Tag des Forums werden die Teilnehmer*innen die direkte Demokratie in Aktion erleben können, wenn das ganze Land für einen nationalen Abstimmungstag an die Urnen geht.

<https://bit.ly/3tBeQ4y>

GRUNDEINKOMMEN

Internationaler BGE-Stammtisch

3. September, 18 bis 22 Uhr
(Berlin)

Der Eintritt ist frei, eine Anmeldung nicht erforderlich. Ein kostenloses

warmes Buffet in Form verschiedener warmer Fingerfood-Platten wird über den Abend verteilt, gestellt, Getränke zahlt jeder Gast selber. Die Infotische sind barrierefrei erreichbar, die Gesprächs- und Essentische leider nicht bzw. nur mittels Unterstützung. Aufgrund der Vielfältigkeit der BGE-Interessierten und BGE-Gruppierungen wird um gegenseitigen Respekt vor Ort nicht nur bezüglich der vielfältigen Detail-Ansichten zur Einführung und Umsetzung eines BGE sondern auch um andere Ansichten, die nichts mit dem BGE zu tun haben, gebeten.

Ort: Rathausstr. 5-13,
10178 Berlin
Info: bit.ly/3mJgNlr

KONFERENZ

Digitalisierung und Nachhaltigkeit

30. September bis 2. Oktober
(Berlin)

Wir stehen vor großen gesellschaftlichen und globalen Herausforderungen für eine gerechte und nachhaltige Gestaltung unserer (Um-)Welt. Deshalb möchte die Bewegung »Bits & Bäume« mit dieser Konferenz die Vernetzung von Umwelt- und Gerechtigkeitsaktivist*innen, Technikexpert*innen und Menschenrechtler*innen verbreitern und verstetigen. Die Akteur*innen wollen große politische Strategien und Governance-Vorschläge diskutieren, aber auch anhand von Best-Practice-Beispielen voneinander lernen, wie wir im digitalen Zeitalter Klima- und Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Grundrechte verwirklichen können.

Ort: TU Berlin
Info: <https://bit.ly/3MRvOxJ>

IMPRESSUM

Monatszeitung für Selbstorganisation

Erscheint 11 mal im Jahr ISSN 0178-6737

HERAUSGEBER
contraste, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Schönfelderstr. 41A, 34121 Kassel

Anfragen: info@contraste.org
Verein: vorstand@contraste.org
Redaktion: redaktion@contraste.org
www.contraste.org

CONTRASTE wird von etwa 20 Redakteur*innen erstellt. Sie schreiben aus Überzeugung und ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung und Vertriebsvorbereitung und Rechnungsstellung erfolgt über das Contraste-Büro in Kassel.

V.I.S.D.P.: Regine Beyß
Es gilt die Anzeigenpreisliste 2018.

REDAKTION BERLIN:

Ulrike Kumpe
ulrike.kumpe@contraste.org

REDAKTION BREMEN:

Bernd Hüttner (Rezensionen)
bernd.huettner@contraste.org

REDAKTION FREIBURG:

Burghard Flieger (Genossenschaften)
☎ (07 61) 70 90 23
genossenschaft@t-online.de

REDAKTION GÖTTINGEN:

Kai Böhne (Anzeigen)
kai.boehne@contraste.org

REDAKTION HAMBURG:

Hilmar Kunath
☎ (0 40) 39 90 41 96
hh.kunath@web.de

REDAKTION KASSEL:

Regine Beyß
regine.beyss@contraste.org

REDAKTION KÖLN/BONN:

Heinz Weinhausen
☎ (01 70) 58 38 900
heinz.weinhausen@contraste.org

REDAKTION KÖLN/BONN:

Ariane Dettloff
☎ (02 21) 31 57 83
ariane.dettloff@contraste.org

REDAKTION LÜNEBURG:

Marlene Seibel
marlene@marlenseibel.de

REDAKTION SPROCKHÖVEL:

Uli Frank
ulifrank@unverdient.de

REDAKTION STUTTGART:

Peter Streiff
☎ (0 71 44) 33 22 56
peter.streiff@netz-bund.de

REDAKTION VERDEN:

Uwe Ciesla
kontakt@finkenburger.info

REDAKTION GRAZ:

Brigitte Kratzwald
☎ 0043-699 11 28 65 57
brigitte.kratzwald@commons.at

REDAKTION KLAGENFURT:

Hans Wieser (Termine)
hans.wieser@contraste.org

ANZEIGEN

Kai Böhne
anzeigen@contraste.org

ABOVERWALTUNG

Eva Schmitt
abos@contraste.org

BILDREDAKTION

Regine Beyß und Eva Sempere

LAYOUT

Eva Sempere
layout@contraste.org

TERMINE

Hans Wieser
termine@contraste.org

IT-BETREUUNG

Vadim und Steffen, netz.koop.eG
<https://netz.coop>

webmaster@contraste.org

DRUCK

Freiburger Druck GmbH und Co KG

Facebook: www.facebook.com/contrastemonatszeitung

Twitter: [@contraste_org](https://twitter.com/contraste_org)
Mailingliste: <https://lists.contraste.org/sympa/info/contraste-liste>

ANZEIGEN

Aufklärung statt Propaganda

Das Sanktionspaket wird Russland ruinieren!

jungewelt.de/probeabo

Drei Wochen gratis. Probeabo endet automatisch, muss nicht abbestellt werden.

Ossietsyky

Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft

Wenn schon gespart werden soll, dann möge man bei Militär und Marine anfangen, anstatt deren weitere Hypertrophie auf Kosten des Sozialietats zu dulden.

Carl von Ossietzky in *Die Weltbühne*, 17. Dezember 1929

www.ossietzky.net

Herausgeber
Rainer Butenschön, Daniela Dahn, Rolf Gössner, Ulla Jelpke und Otto Köhler, begründet 1997 von Eckart Spoo.

Redaktion
Dr. Rüdiger Dammann

Jahresabo / Geschenkabo
25 Hefte € 65,-
(Ausland € 94,-)

Halbjahresabo / Geschenkabo
12 Hefte € 35,-

Jahresförderabo € 110,-

Bestellungen an **Ossietsyky Verlag GmbH**
Siedendolsleben 3 · 29413 Dähre
ossietzky@interdruck.net
Tel. 039031.950 596

gut beraten

Sechs Broschüren aus der Beratungspraxis für die Beratungspraxis: Asylrecht / Aufenthaltsrecht / Antidiskriminierungsrecht / Abschiebung / Familienzusammenführung / Freizügigkeit. In allen sechs Hefen wird gut gliedert, übersichtlich und praxisnah erklärt, worauf es ankommt, wie man vorgeht und wo man weitere Informationen bekommt. Alle Hefen sind auf dem neuesten Stand. Sie eignen sich auch als »Handreicherung« für Fortbildungen. Es ist nur eine kleine Auswahl aus unserem Angebot. Sehen Sie sich alle Broschüren der Reihe im Internet an! Zu jedem Hefen finden Sie dort nähere Informationen, Umfang und Erscheinungsjahr.

Jede Broschüre kostet 2 Euro (zzgl. Versand). Rabatt bei Abnahme größerer Mengen. Der Buchhandel erhält den normalen Rabatt.

Angebot: Sechs Broschüren (40 / 62 / 68 / 79 / 80 / 87) zusammen 10 Euro (inkl. Versand). Dieses Angebot ist nicht rabattfähig!

Online bestellen: www.brd-dritte-welt.de
Magazin Verlag, Schönbühlstr. 6, 24118 Kiel, Fax 0431/570952, bestellung@gegemeind.de

Kleinanzeigen

Wir bieten Initiativen und Projekten hier Platz für ihre Gesuche und Angebote. Die Kleinanzeigen sind kostenlos. Wir freuen uns über eine Spende! Die Redaktion behält sich eine Auswahl der gesendeten Kleinanzeigen vor. Bitte schickt eure Anzeigentexte an:

koordination@contraste.org

Projekt Zukunft

In der Linken wird oft beklagt, dass es keine Vorstellung über eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus gibt. Wer hat Interesse daran, mit uns ein zukunftsweisendes Modell einer sozialistisch-ökologischen Gesellschaft zu erarbeiten und damit an die Öffentlichkeit zu gehen?

Bitte melden bei:
Projekt Zukunft, Manfred Norwat,
Mail: norwat@t-online.de

Mitstreiter*in gesucht

Für unser vom Verein selbstverwaltetes NaturFreundehaus und Gemeinschaftsprojekt im unteren Neckartal brauchen wir Verstärkung in der Küche. Lust auf Küchenarbeit, selbständiges Arbeiten, organisationsfähig, Blick für das Wesentliche in einem gastronomischen Betrieb, sich im bestehenden Team einfinden, gemeinsam den Zwingenberger Hof weiterzuentwickeln und den Zielen der NaturFreunde verbunden – du bringst dies mit, dann passt Du zu uns.

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und bei Bedarf Stellplatz für Wohnmobil oder für einen Bauwagen geben Perspektive auch über die Saison hinaus. Mehr zu uns unter:

naturfreundehaus-zwingenberg.de

Kontakt: info@naturfreunde-neckarbischofsheim.de

Neue Website

Unser Autor Maurice Schuhmann hat mittlerweile eine neue Website. Ihr findet neben Informationen zu aktuellen Veröffentlichungen auch Termine und ältere Texte von ihm.

Schaut mal vorbei:
www.maurice-schuhmann.de